

Bezugspreis:

Dem 12.-19. Januar 80 Goldpfennig voraus zahlbar. Unter Kreuzband vom 12.-19. Januar für Deutschland, Danzig, Saar- u. Rheingebiet, Ostpreußen, Litauen, Lauenburg 1,20 Goldmark, für das übrige Ausland 1,40 Goldmark. Kreuzband erdungen nur gegen wettbewerbsfähige Zahlung. Postbezugspreis freibleibend.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Voll und Zeit“ u. „Siedlung und Kleingarten“, sowie der Unterhaltungsbeilage „Heimweil“ erscheint wochentäglich normal, Samstags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise:

Die einseitige Reklamewerke 0,70 Goldmark, Reklamewerke 0,50 Goldmark, „Kleine Anzeigen“ des festgedruckten Wort 0,20 Goldmark (außer zwei festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 0,10 Goldmark, Stellenanzeige das erste Wort 0,10 Goldmark, jedes weitere Wort 0,05 Goldmark, Werte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte, Familienanzeigen für Abonnenten Zeile 0,30 Goldmark, Eine Goldmark — ein Dollar geteilt durch 4,26.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Gedruckt von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3 Kernsprecher: Redaktion: Telephon 292-295 Verlag: Telephon 2306-2307

Sonnabend, den 19. Januar 1924

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3 Postkontonummer: Berlin 375 36 - Bankkonto: Direktion der Dietrichs-Gesellschaft, Depotkassette Lindenstraße 3

Niederlage der Regierung Knilling.

Kahr stellt sich über die Regierung.

München, 18. Januar. (MTB.) Die wiederholt geforderte Zusammenstellung der Verordnungen und Verfügungen des Generalstaatskommissars ist nunmehr dem Parlament zugegangen. Im Verfassungsausschuss der Bayerischen Landtages erklärte Staatsminister Schweger unter lebhafter Bewegung der Linken, daß die Staatsregierung von verschiedenen Verfügungen und Maßnahmen des Generalstaatskommissars bisher keine Kenntnis hatte, da sie der Regierung nicht vorgelegt wurden. Auf verschiedene Anträge sagte Schweger weiter: Die Regierung habe alles Interesse daran, daß im Hitler-Ludendorff-Projekt volle Klarheit geschaffen werde, sie habe nichts zu verheimlichen.

München, 18. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die politische Debatte im Ausschuss des Bayerischen Landtages, die durch die „österreichischen“ Anträge des Abg. Kahr hervorgerufen wurden, nahm am Freitag ein überraschendes Ende. Sämtliche Parteien, also auch die knillingtreuen Deutschnationalen, stimmten gegen die Bayerische Volkspartei und verhielten sich dem Antrag zur Annahme, der die Staatsregierung ersucht, dahin zu wirken, daß das Verbot der östlichen Zeitungen sofort aufgehoben wird. Es handelt sich dabei in erster Linie um das nationalsozialistische Parteiorgan, den „Östlichen Beobachter“, ferner um das Organ des ehemaligen Kampfbundes, das „Heimatland“, um den „Oberbayer“ und um die „Altbayerischen Stimmen“.

Die Tragweite dieses Beschlusses liegt in der Tatsache, daß zum erstenmal seit dem 26. September, also seit dem Bestehen des Generalstaatskommissars, sich im bayerischen Parlament eine Mehrheit gegen Herrn v. Kahr zusammengefunden hat. Es muß sich also jetzt die Frage entscheiden, ob sich Kahr dem Willen der Volksvertretung zu fügen hat oder ob er auch weiterhin nur „seinem Gewissen und seinem Gott“ gegenüber verantwortlich sein darf. Nach vor einem Monat wäre es in einem solchen Fall nicht zweifelhaft gewesen, wie die Entscheidung ausgefallen wäre. Heute aber, angesichts des Hitler-Prozesses und der Neuwahlen, scheint das Fundament der Kahr'schen Diktatur und vor allem auch die persönliche Widerstandskraft Kahrs so erschüttert zu sein, daß er sich vielleicht dem Parlament fügen dürfte. Wird der Antrag, wie im Ausschuss, auch im Plenum angenommen, dann stünde die Regierung Kalling vor einer glatten Niederlage, aus der sie die Konsequenzen ziehen müßte. Denn nach der Auffassung der Bayerischen Volkspartei wie des Ministerpräsidenten ist der Generalstaatskommissar in seinen Entschlüssen und Verfügungen von niemandem abhängig und niemandem verantwortlich, sondern kann nur vom Gesamtministerium von seinem Amte abberufen werden. Da dem Generalstaatskommissar der Wille des Parlaments also nicht aufzuerzwingen werden kann, so bliebe im Falle der Annahme des Antrages durch den Landtag nur die Abberufung Kahrs durch die Regierung Knilling oder deren Nachfolgerin übrig.

München, 18. Januar. (MTB.) Der Entwurf zur Abänderung des Landeswahlgesetzes wurde im Landtagsausschuss in erster Lesung genehmigt. Die zweite Lesung wird nächste Woche stattfinden.

Neuwahlen frühestens Ende April.

München, 18. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die Bayerische Volkspartei wird am Samstag ihren Vorschlag auf Durchführung des bekannten Volksbegehrens, der verfassungsgemäß von tausend Stimmen unterschrieben sein muß, einreichen. Nach den Bestimmungen des Landeswahlgesetzes wird dieser Vorschlag im Ministerium des Innern innerhalb einer Woche geprüft, dann bekanntgegeben und an die Bezirksämter zur Durchführung weitergeleitet, was weitere drei Wochen in Anspruch nimmt. Das Ergebnis unterliegt dann der Beschlussfassung durch den Landtag, worauf das Ministerium des Innern den eigentlichen Volksentscheid ersonnen. Die Durchführung dieser ganzen Volksbefragung benötigt mindestens elf Wochen insgesamt, so daß, wenn die Bayerische Volkspartei durch den Volksentscheid auch Neuwahlen herbeigeführt wissen will und dafür eine Mehrheit bekommt, diese frühestens Ende April stattfinden könnten.

Völkische Radauversammlung in München.

München, 18. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Der völkische Rechtsblock, dessen Vorsitzender bis zum Oktober v. J. der bekannte Oberst Isidor gewesen ist, hielt am Donnerstag eine Reichsgründungsfeier ab, die einen derartigen Andrang aufzuweisen hatte, daß der Saal eine halbe Stunde vor Beginn polizeilich gesperrt werden mußte. Mit tosenden Heil-Rufen wurde Abgeord. Dr. Koth empfangen. Der Vorsitzende betonte einleitend, daß diese Feier die erste öffentliche Veranstaltung der Völkischen seit dem 8. November sei; inzwischen hätten sich alle völkischen Gruppen Münchens zu einem einheitlichen Block zusammengeschlossen. Die Festrede des Rechtsanwalts Ruy Kiang in die Worte aus: „Es müssen wieder Staatsmänner kommen, die

sprechen: Frei sei der deutsche Rhein, das deutsche Meß und Straßburg, der Bruder in Tirol, der Adler über Posen.“ Mit zahllosen Heil-Rufen gedachte die Versammlung aller jener Männer, die um der völkischen Sache willen in Untersuchungs- oder Schutzhaft sitzen.

Die völkische Veranstaltung beleuchtet grell die unhaltbare Lage in Bayern. Nationalistische Radauversammlungen verbotener illegaler Parteien, die dem Reich im Ausland nur Schaden können, werden gestattet, sachliche demokratische Veranstaltungen und geschlossene Sitzungen der Sozialdemokratischen Partei sind verboten. Die Reichsregierung hat kein Recht, sich über die Verhältnisse in anderen Ländern aufzuhalten, wenn sie derart skandalöse Zustände in Bayern duldet.

Erfolg der bayerischen Judenhehe.

Posen weist zur Vergeltung Reichsdeutsche aus.

Posen, 18. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Als Gegenmaßnahme für die Ausweisung von 79 polnisch-jüdischen Familien aus Bayern, von denen 14 bereits Bayern verlassen mußten, da die Intervention des polnischen Außenministeriums erfolglos blieb, hat das polnische Innenministerium der Posener Wojwodschast den Auftrieb erteilt, 14 deutsche Familien aus Posen auszuweisen.

Aussprache Marx-Knilling.

Homburg v. d. H., 18. Januar. (MTB.) Die Aussprache zwischen dem Reichsanwalt Marx und dem bayerischen Ministerpräsidenten Dr. v. Knilling hat heute stattgefunden. Sie erstreckte sich insbesondere auf die bayerische Denkschrift zur Weimarer Verfassung und war getragen vom Verständnis für die gegenseitigen Belange. Ueber die weitere geschäftliche Behandlung der schwebenden Fragen wurde Einverständnis erzielt.

München, 18. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Der Staatssekretär des Reichspostministeriums, Abteilungsleiter München, Dr. Schoepel, hat sich am Freitag nach Berlin begeben, um mit dem Reichspostminister Dr. Hoeft über Fragen der bayerischen Post zu verhandeln. Diese Verhandlungen sollen in der nächsten Woche in München fortgesetzt werden, wozu Dr. Hoeft nach München kommen wird. An dieser Besprechung wird auch ein Vertreter von Württemberg teilnehmen.

Reichstag und Außenpolitik. Sozialdemokratie für Einberufung des Auswärtigen Ausschusses.

Im Auftrag des Fraktionsvorstandes hat Genosse Hermann Müller am Freitag an den Reichsaussenminister Dr. Stresemann einen Brief gerichtet, in dem er die Einberufung des Auswärtigen Ausschusses für die kommende Woche fordert. Genosse Müller begründet dieses Verlangen mit der Ankunft der französischen und belgischen Note auf das deutsche Memorandum. Er wünscht neben einer Besprechung dieser Noten u. a. eine Aussprache über die Rhein- und Ruhrfrage, das Reparationsproblem, das Verhalten der französischen Befehung in der Piaz und die Militärkontrolle. Eine Besprechung dieser Fragen erscheine schon deshalb notwendig, weil vorläufig ein Termin für die Einberufung des Reichstags noch nicht festgesetzt ist. Sobald der Reichsaussenminister sich zu dem Verlangen auf Einberufung des Auswärtigen Ausschusses geäußert hat, wird Genosse Müller einen entsprechenden formellen Antrag an den Vorsitzenden des Ausschusses, Dr. Scholz, richten.

Der Ausnahmezustand in Sachsen.

Gehler erklärt.

Antlich wird mitgeteilt: Ueber die kurze Unterredung, die der Reichswehrminister Dr. Gehler bei seinem Besuch in Dresden am 16. Januar mit dem sächsischen Ministerpräsidenten Heldt hatte, sind widersprechende Nachrichten verbreitet worden. Die Unterredung hat sich im wesentlichen so abgespielt, daß der Reichswehrminister bei seiner Begrüßung dem Ministerpräsidenten gegenüber zum Ausdruck brachte, daß die Reichsregierung und der Inhaber der völkischen Regierung Vertrauen entgegenbrachten. Generalleutnant Müller werde daher, um die Regierung zu stärken, sich nach Möglichkeit in der Ausübung der völkischen Gewalt zurüchhalten und näheres hierüber in den nächsten Tagen mit dem Ministerpräsidenten besprechen. Ministerpräsident Heldt erwiderte darauf, daß ein solches Verhalten des Wehrkreiskommandos allerdings für die Regierung eine erwünschte Unterstützung sein würde. Weitere wesentliche Angelegenheiten wurden bei diesem Besuch nicht besprochen.

Das Zentrum und die Arbeiter. Wirth und Joos.

Wirths Brief fällt in eine Zeit, in der das Zentrum in Rheinland-Westfalen mit erheblichen inneren Schwierigkeiten zu kämpfen hat. In dem Kampf, den die Schwerindustrie gegen alle sozialpolitischen Errungenschaften der Arbeiterchaft führt, stehen die Zentrumsmitglieder Thyssen und Klöckner Schulter an Schulter mit Stinnes, Böglar und Hugenberg. Herr Klöckner war es, der mit Stinnes zusammen den französischen General Degoutts für die Befreiung des Achtstundentags in Deutschland zu gewinnen suchte; sein Konzern hat im Bunde mit Stinnes die Arbeiter ausgepersert, um die Verlängerung der Arbeitszeit zu erzwingen. Das Zentrum aber hat in der schwierigsten Zeit die Arbeiterchaft im Stich gelassen und ist auf die Seite der Unternehmer getreten. Herr Stegerwald hat mit dem rechten Flügel der Volkspartei konspiriert, um die Sozialdemokratie aus der Regierung zu verdrängen. Im Auftrag seiner Partei hat er sich nach dem Ende der Koalition bemüht, eine Regierung mit den Deutschnationalen zustande zu bringen und so den Bürgerblock gegen die Arbeiterchaft zusammenzuschweißen. Für dieses hebre Ziel war Herr Stegerwald der Achtstundentag feil. Der Zentrumsminister Brauns aber hat in der Zeit der schwersten Krise den Angriff der Unternehmer gestützt, indem er die Demobilmachungsverordnungen ablaufen ließ. Er wendet jetzt die Verordnung über die Arbeitszeit in einer Weise an, die zwar den Unternehmerinteressen entspricht, aber dem Wortlaut seiner eigenen Verordnung zuwiderläuft. Kein Wunder, daß die Arbeiterschichten der Zentrumspartei zu begreifen anfangen, daß sie der geschlossenen sozialreaktionären Front der Unternehmer die geschlossene Abwehrfront der Arbeitnehmer entgegenstellen müssen, daß sie also an die Seite ihrer sozialdemokratischen Berufsgenossen gehören.

Die Entwicklung erfüllt weitlichere Zentrumspolitiker mit großer Sorge. Sie sehen, daß die Rechtspolitik ihrer Partei für diese zu einer Gefahr werden kann. Die Sorge spricht auch aus der Antwort, die der Abg. Joos auf den Offenen Brief Wirths in der „Germania“ veröffentlicht. Joos, der Wirth politisch nahesteht und seinen Ausführungen bestimmt, sagt selbst zu Anfang seiner Ausführungen, daß das Zentrum in letzter Zeit Verluste zu verzeichnen gehabt hätte, und aus dem Zusammenhang ergibt sich, daß Joos diese Verluste auf die Rechtsabweichung der Zentrumspolitik zurückführt. Deshalb unterstreicht er die Warnung Wirths vor der Gefahr, daß „unter dem Schein demokratischer Formen ein völkischer Klassenegoismus die Herrschaft an sich reißt, zum Schaden des Ganzen“, und ruft warnend:

Anzeichen liegen vor. Werden heute nicht wieder breitesten Volksschichten in eine absolute wirtschaftliche Abhängigkeit gestürzt, die auf die Dauer auch zur politischen Rechlosigkeit führen muß, ohne daß die Staatsgewalt zu helfen in der Lage ist, weil sie selber den wirtschaftlichen Gewalten nicht gewachsen ist? Und die Wirtschaftskonkurrenz, die Tagesblätter aufkaufen, sammeln sie nicht damit politische Macht an, die sich mit dem Wesen des demokratischen Staates nicht verträgt und unsere Kulturentwicklung auf schwerste gefährdet?

Joos sieht die Gefahr für die weitere Entwicklung mit Recht für sehr groß an. Deshalb seine Forderung:

Der zweite Gedanke selbst muß lebendiger denn je in uns bleiben, oder das Zentrum verliert seinen Geist und den Boden unter den Füßen. Und hier sehe ich voller Besorgnis in die Zukunft. Es scheint mir, als ob wir an sozialer Einsicht und menschlicher sozialer Gestaltungskraft allgemein genommen schwächer würden. Der Vorabend der Novemberrevolution brachte die Arbeitsgemeinschaft zwischen Unternehmer und Arbeiter. Heute liegt diese Errungenschaft sozialer Verständigung und innerpolitischen Friedens fast hoffnungslos in schwerer Krise. Der Kampf um die anderweltliche Regelung der Arbeitszeit wird von einem Großteil der Unternehmer in Formen und Methoden geführt, die jegliche Psychologie vernichten lassen. Was wir also an einigenden politischen Ideen immer ausfindig machen können, es droht alles in aufwühlenden und erbitterten sozialen Kämpfen restlos verloren zu gehen. So kann es unmöglich bleiben. Schließlich muß doch unter den Zugehörigen des Zentrums der Typus Unternehmer gefunden werden, der nicht den Kampf, sondern ehrlich die Verständigung will und der über andere Methoden der Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit verfügt als die Blinden von heute. Davon hängt politisch in den nächsten Monaten viel ab. Unsere Zentrumspartei erhält ihren sozialen Geist, oder sie wird nicht mehr sein.

Soweit die Antwort des der christlichen Gewerkschaftsbewegung nahestehenden Zentrumsabgeordneten. Er muß die sozialdemokratische Kritik bestätigen — aber die Hoffnung auf den idealen Unternehmer wird sich nicht erfüllen. Den deutschen Unternehmern imponiert nur eines: Stärke und Geschlossenheit ihres Gegners. Das muß die dem Zentrum nahestehende Arbeiterchaft aus dem Beispiel der Klöckner und Thyssen lernen, die sich mit dem Volksparteiler Stinnes und dem Deutschnationalen Hugenberg verbinden, um ihre Parteigenossen aus der Arbeiterchaft

um so besser bekämpfen zu können. Dann wird die Arbeiterchaft der geschlossenen Block sein, an dem die Versuche der sozialen Reaktion gescheitert werden.

Essen, 18. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Mehr und mehr erkennen die christlichen Arbeiter Rheinlands-Westfalens, daß das Zentrum mit den Sozialdemokraten durch die d. d. Angelegenheiten der dadurch entstandenen Rebellion unter den christlich organisierten Arbeitern besetzt ist ein außerordentlicher Delegiertentag des Bezirksverbandes Cabbed-Buer der katholischen Arbeitergenossenschaftsvereine ausschließlich mit der Frage der Abspaltung von der Zentrumspartei. Die dort gefassten Entschlüsse zeigen davon, daß man zu tun hat, um die weitgegriffene Einigkeit und Geschlossenheit der Zentrumswahlerschaft wenigstens für den kommenden Wahlsfeldzug aufrechtzuerhalten. Durch rege Aufklärungsarbeit will man die Mitglieder der „Grundlagen der Zentrumsbewegung“ zurückführen. Sollte es dennoch nicht gelingen, die aufmündenden christlichen Arbeiter zu kuscheln, dann erfolgt „Verwarnung“. Bleibt diese ohne den gewünschten Erfolg, so schließt sich — so heißt es in einer Entschließung — die Mitglieder, die sich zu einer gegnerischen Partei bekennen, wegen Schädigung der katholischen Arbeiterbewegung und weil sie den Beschlüssen der Verbands- und Bezirkstage zuwiderhandeln, mit dem 31. März selbst aus den Vereinen aus.

Die Angst vor der Konkurrenz.

Hinter den Kulissen des Thüringer Ordnungsbloßs.

Wenn es nach dem Sinn der thüringischen Demokraten gegangen wäre, dann hätte heute Thüringen den Bürgerblock von den Deutschvölkischen bis zu den Demokraten. Die Deutschvölkischen sind im letzten Augenblick zurückgetreten, weil sie zu der Ueberzeugung gekommen waren, daß es für sie besser sei, wenn sie das Wahlgeschäft allein betreiben. Den Deutschnationalen ist bei dieser Geschichte nicht recht wohl zumute. Ein Teil von ihnen fürchtet die deutschvölkische Konkurrenz so sehr, daß er offen gegen den bürgerlichen „Ordnungs“bund auftritt. So fordert der deutsch-nationale Reichstagsabg. Laverrenz, Berlin Herrn Graef-Eisenach auf, dafür zu sorgen, daß die Einheitsliste nicht zustande kommt.

In einem Schreiben an Graef läßt sich Laverrenz wie folgt verlaubaren:

„Als ich vor acht Tagen gelegentlich hörte, daß man für die kommenden Wahlen in Thüringen eine bürgerliche Einheitsliste zustande gebracht habe, hatte ich gleich die Empfindung, daß wir Deutschnationalen dabei wieder einmal über das Ohr gehauen werden sollten und daß wahrscheinlich die Völkischen diesen Einheitsrummel mitmachen würden. Wir werden in eine höchst unangenehme Situation kommen. Bleibt es bei unserem Festhalten an der Einheitsliste, so dürfen wir uns nicht wundern, wenn die Völkischen wieder einen unverdienten Erfolg einheimen werden. Wenn es Ihnen möglich ist, bitte ich Sie, Ihren ganzen Einfluß dahin geltend zu machen, daß die Deutsch-nationale Volkspartei sich von dem Abkommen löst und eigene Listen aufstellt.“

In Berlin sollten wir bei den letzten Stadtverordnetenwahlen auch eingestiegen werden. Wir haben durch geschickte Verhandlungen den Demokraten die Schuld an dem Scheitern einer gemeinsamen Liste zuzuschreiben gewußt.“

Reichstagsabgeordneter Amtsgerichtsrat Graef hat sich diese Aufforderung nicht zweimal sagen lassen. Er läßt gegen die Einheitsliste Sturm, und schon heißt es, daß ein Teil der Deutschnationalen sich entweder nicht an der Wahl beteiligen oder für die Deutschvölkischen stimmen wird.

Neben den Deutschvölkischen und diesem Teil der Deutschnationalen wollen auch die Thüringer Gastwirte von dem Ordnungsbund nichts wissen, und man kann überzeugt sein, daß bei der Parteispaltung der Bürgerfuss in Thüringen seinem Namen nicht gerade Ehre macht.

Natürlich legen die Bürgerlichen unter diesen Umständen alle Hoffnungen auf das Eingreifen der Reichswehr in den Wahlkampf, indem der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei das

Abhocken von Verklammungen und das Herausgeben von Flugblättern so schwer wie möglich gemacht wird. Am allerstimmtesten gebärden sich dabei die Demokraten. Die „Eisenacher Tagespost“ ehemals das anständigste Blatt, welches die Thüringer Demokraten besaßen, bringt einen Tag um den anderen die gemeinsten Schmäharbeiten gegen die Thüringer sozialistische Regierung sowie gegen die SPD. Selbst vor persönlichen Verunglimpfungen schreckt dieses Blatt nicht zurück.

In derselben Linie stehen die Jenaer Professoren. Und wenn man den deutsch-nationalen Professor Plate (Hädels Nachfolger) ausschließt, sind es wiederum die „demokratisch organisierten“ Jenaer Professoren, die diesen schmutzigen, persönlichen Kampf wider die sozialdemokratische Regierung und die SPD. führen. Den Rekord in dieser schmutzigen Bekämpfung hat bisher Professor Gerland geschlagen. Ueber die Geistesverfassung der Thüringer „Demokraten“ gibt ein demokratischer Aufsatz „An die Thüringer Bevölkerung“ Auskunft, in dem sehr triumphierend mitgeteilt wird, daß sich die Deutschvölkischen an dem Ordnungsbund beteiligen. Das hat sich zwar inzwischen als Irrtum herausgestellt, aber es zeigt doch, in welcher unglaublichen Verblendung sich die Thüringer Demokraten zu Schrittmachern der monarchistischen Deutschvölkischen und Deutschnationalen hergeben.

Die Thüringer Sozialdemokratie steht in geschlossener Kampffront. Der außerordentliche Thüringer Bezirksparteitag, der am Sonntag, den 13. Januar, im Landtage in Weimar stattfand und in welchem über die Landes- und Reichspolitik referiert wurde, zeigte eine Geschlossenheit, Einigkeit und Kampfbegeisterung wie selten ein Parteitag. Beiden Referaten wurde ohne Debatte, und zwar einmütig zugestimmt. Gemäß gibt es auch in der Thüringer Sozialdemokratie Meinungsverschiedenheiten in bezug auf die Reichspolitik — in der Landespolitik stehen sämtliche Thüringer Genossen hinter der sozialistischen Regierung und Landtagsfraktion —, aber jetzt ist keine Zeit über Meinungsverschiedenheiten zu diskutieren.

Ebenso einmütig wurde auf dem Parteitag die Aufstellung der Kandidaten vorgenommen. Das Land Thüringen ist in vier Wahlkreise eingeteilt. An der Spitze der Wahlkreislisten stehen alte bewährte Genossen, ebenso auf der Landesliste. Kein Streit um die ersten Plätze wie beim Bürgerblock sondern kameradschaftliches Handeln.

Zerstück haben die Bürgerlichen neben Reichsregierung, Reichswehr usw. noch einen anderen Verbündeten, das sind die Kommunisten. Am letzten Sonntag hielten die Kommunisten eine Zusammenkunft in der Nähe von Weimar ab. Beschlossen wurde, daß sich der Kampf bei der bevorstehenden Landtagswahl nur gegen die SPD. richten müßte. Die bürgerlichen Parteien, die gemeinsam mit der SPD. den Landtag aufgelöst haben, müßten geschnitten werden. Aus dieser Einstellung wird man ein für allemal die Konsequenzen ziehen müssen.

Die Tarifpolitik der Eisenbahn.

Angriffe der Schwerindustrie.

Die Privatwirtschaft führt seit geraumer Zeit einen erbitterten Kampf gegen die Tarifpolitik des Reichsverkehrsministers. Tatsache ist nun, daß die Frachten gegenüber dem Friedensstand und denen im Auslande bedeutend übersteht und so, infolge alter Sünden im Reichsverkehrsministerium, die Kalkulation der Warenpreise sehr belastet. Aber auch hier will die kapitalistische Wirtschaft das Rind mit dem Bode ausschütten. Im Organisationsauschuß, der am Donnerstag im Reichsverkehrsministerium tagte, wurde von „verschiedenen Seiten“ die Tarifpolitik Debers in schärfster Weise angegriffen und u. a. Anpreisung der Fahrpreise in der dritten und vierten Wagenklasse an die Teuerung, Heraushebung der künstlich niedrig gehaltenen Zeisfahrkarten, Wegfall der Begünstigungstarife für soziale und kulturelle Zwecke und Uebernahme dieser Kosten für die in Frage kommenden Hoheitsverwaltungen gefordert. Weiter stellten die „verschiedenen Seiten“ an den Reichsverkehrsminister das Ansuchen, die Gütertarife mit den jeweiligen Erfordernissen des Wirtschaftslebens in Einklang zu bringen.

Der Angriff auf die Tarifpolitik des Reichsverkehrsministers kann die Baderschaft der Schwerindustrie, die ja am liebsten sofort dem Reiche die Eisenbahn nähme, nicht verleugnen. Die Angreifer charakterisierten sich in der Sitzung wohl selbst am besten, indem sie betonten, daß die deutschen Fahrpreise in den Volksterklassen (1. und 2. Klasse) gegenüber dem Auslande viel zu hoch seien und eine Reduzierung erforderten.

Im übrigen ist zu bemerken: Die vorgeschlagenen Mittelchen dürften, wenn der Reichsverkehrsminister die guten Ratsschläge auch annimmt, kaum eine Besserung herbeiführen und werden sicherlich mehr schaden als nutzen. Sie eröffnen aber auf jeden Fall Ausblicke, wie sich Sinnes und Genossen die Geschäftsführung der Reichseisenbahn als Privatinstitut denken.

Selbstverständlich ist eine Verbilligung der Frachten geboten. Sie kann aber durch das Verkehrsministerium nur dann herbeigeführt werden, wenn die Preise für Kohlen und Mineralien, die heute noch durchweg übersteht, herabgesetzt werden und so die Selbstkosten der Reichseisenbahn bedecken. An den „verschiedenen Seiten“ liegt es also, die Gütertarife und auch die Tarife in den Volksterklassen mit den Erfordernissen des Wirtschaftslebens in Einklang zu bringen.

Der Verkehrsminister hat an die Mitglieder des Reichseisenbahnrates ein Schreiben gerichtet, in dem er ab 20. Januar eine Ermäßigung der Sätze der Normaltarifen des Gütertarifes und des Ausnahmetarifes, einschließlich des Kohlenausnahmetarifes sowie die Frachten des Tierarifes um 8 Proz. verkündigt. Die Ausnahmetarife für Düngemittel und Kartoffeln in Ladungen, die Kostentarife für Lebensmittel, die Seehafentarife und die in ausländischer Währung veröffentlichten Frachtsätze werden indessen nicht ermäßigt. Wegen der Düngemitteltarife erfolgt die Vorlage an den Reichseisenbahnrat. Der Einföhrung neuer Seehafenausnahmetarife für Eisen und Stahl wird zurzeit ausgearbeitet und soll sobald als möglich in Kraft gesetzt werden. Die Gewährung weiterer Tarifierleichterungen wird in der nächsten Sitzung des Ständigen Ausschusses des Reichseisenbahnrates zur Erörterung gestellt werden.

Gegen Abbau der Sozialpolitik.

Kritik im Reichswirtschaftsrat.

Der Sozialpolitische Ausschuß des Reichswirtschaftsrats erörterte in einer Sitzung am Mittwoch und Donnerstag die künftigen Aufgaben der Sozialpolitik. Der Vorsitzende, Genosse Umbreit, forderte im Namen der im Reichswirtschaftsrat vertretenen Wirtschaftsgruppen, daß diese bei der ferneren Regelung sozialpolitischer Pläne, sei es in der Richtung weiterer Abbaus, oder in derjenigen eines weiteren Ausbaus der Sozialpolitik, mindestens zu den dringlichsten und notwendigsten Forderungen nachsichtig gehet werden. Nachdem der Vorsitzende einen kurzen Rückblick über die bisherigen Rotverordnungen der Regierung gegeben hatte, übte er scharfe, aber scharfe Kritik an einer Reihe mißverständlicher und unbefriedigender Bestimmungen. Er wies vor allen Dingen auf die ungenügende Erwerbslosofsfürsorge, die Einführung der Arbeitspflicht, die Nachtarbeit in den Bäckereien, den Zweifelschichtbetrieb, die durchbrochene Sonntagsruhe, die Ungleichheit beim Beamten- und Angestelltenabbau und die eingeschränkte Arbeitsvermittlung hin. Auf Vorschlag des Vorsitzenden wurde beschlossen, die Arbeitszeitfrage zunächst zurückzustellen, da sie durch die Rotverordnungen, wenn auch in nichtbefriedigender Weise, ihre vorläufige Regelung gefunden habe. Die Beratungen über die Tarifvertragsregeln und die Verbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen wurde gleichfalls mit Rücksicht auf die hierüber bereits in Gang befindlichen Verhandlungen der beteiligten Kreise ausgesetzt. Dasselbe wurde bezüglich der Frage der Sonntagsruhe beschlossen. Die Frage der Nachtarbeit in den Bäckereien, der Erwerbslosofsfürsorge und der Sozialversicherung sollen vorerst noch einmal im Sozialpolitischen Ausschuß und die Frage für die abgehauenen Beamten, Angestellten und Arbeiter in einem gemeinsamen Ausschuß des Sozial-, Wirtschafts- und Finanzpolitischen Ausschusses erörtert werden. Weiter erludt der Ausschuß den Reichsarbeitsminister um Vorlage des zurzeit in Arbeit befindlichen Verordnungsentwurfes des Arbeitsgerichtsgesetzes an den Reichswirtschaftsrat.

Hoffmann von Fallersleben.

Zur 50. Wiederkehr seines Todestages am 19. Januar.

Von Otto Ernst Hesse.

Als Wilhelm II. während des herrlichen Stahlsbades jenes größte Preisauschreiben auf eine neue deutsche Nationalhymne erließ — als ob sich ein Völkchen künstlich machen ließe —, hatte er das im Grunde durchaus richtige Gefühl, daß „Deutschland, Deutschland über alles“ infolge seiner Herkunft aus dem Herzen eines erschrecklichen Demokraten für ein Deutschland, wie er es haben wollte, nicht mehr passe. Und ebenso recht hatte der Präsident Ebert, als er dieses Deutschlandlied als Nationalhymne des neuen Volksstaates ausdrücklich beibehielt. Sein Dichter, der hannoversche Bürgermeistersohn Hoffmann, der sich nach dem Stübchen, in dem er geboren wurde, den selbsterhüllenden Adel „von Fallersleben“ zulegte, ist in der Tat ein Vorkämpfer des Volksstaates, wie wir ihn heute immer organischer umzuformen bestrbt sind. Es ist grotesk genug zu sehen, wie die Biographen, die dieses Leben und Wollen bis 1914 beschrieben haben, das Demokratische dieses deutschen Universitätsprofessors abzudämpfen und die paar monarchisch-kaisertreuen Gedichte, die er 1870 schrieb, herauszubringen suchten. Gewiß hat Hoffmann das neue Kaiserreich, wie es auf den Schlachtfeldern Frankreichs entstand, begrüßt; gewiß hat auch er mit Millionen anderen geglaubt, daß dieses Reich die Erfüllung seiner Lebenshoffnungen und seines Lebenskampfes bringen werde; aber er hat, schon 1874 das Zeilische segnend, bereits gegen dieses Reich dieselbe Satire geschwungen wie gegen die vor-märzlichen und nachmärzlichen Zustände. Man hat diese letzten politischen Gedichte des Alten kaum beachtet. Sie sind nicht schön, aber sie sind bezeichnend. Sie sind so bezeichnend, daß sie — einen Teil nennt er „Gründerlieder“ — sogar unsere Zeit treffen, wobei man für den Hochausdruck der sechziger Jahre „Gründer“ nur den heutigen „Schreiber“ zu setzen braucht. Wie pessimistisch (und richtig) dem alten Hoffmann das neue Reich erschien, möge eins dieser letzten politischen Gedichte „Schlechte Aussichten“ beweisen, das beziehungsweise „Bartholomäustag 1872“ datiert ist:

Die Welt steht wieder still,
als wäre sie am Ziel.
Der Fortschritt, den man will,
ist nur ein Börsenspiel.
Ermüdet und erschöpft
im zweifelhaften Glück
läßt Wille, Mut und Kraft
sich drängen schon zurück.
D unaussprechlich Leid
fürs deutsche Vaterland,
daß unsere große Zeit
so kleine Menschen fand.

Man hat Hoffmann oft vorgeworfen, seine Satire sei oberflächlich gewesen. Diese letzten politischen Gedichte widersprechen dem energisch. Der letzte Ton hat zu dieser satirischen Kritik geführt. Dieser Ton aber war Absicht. Hoffmann, von Haus aus Philologe, griff die Weisen des Volkes auf, um für das Volk verständlich zu bleiben. Er, der gewiß kein großer Philosoph und Denker war, lehrte in die Wirtsstuben des Volkes, der Bürger und der Bauern, ein und lernte Volkes Art kennen. Wie tief und echt; dafür zeugen seine Lieder, die heute noch gesungen werden; frisch, unverbraucht, phrasenlos-einfach und doch voller Schwung sind sie, gleichgültig, ob es nun politische Gedichte oder Kinderlieder oder Liebeslieder sind. Er, der auf seinem Spezialgebiete der Erforschung der deutschen und niederländischen Volkskunde und Literatur ein großer Gelehrter war, dem sehr wichtige Entdeckungen gelangen, verließ niemals in die Arroganz des Professorentums, blieb immer ein Bürger unter Bürgern, lebens- und trinkfreudig trotz allem Glend, das ihm, dem vom König abgesehen Breslauer Universitätsprofessor und von den Behörden einiger dreißig Staaten und Städten schätzten Heimatlosen, in langen Jahrzehnten blühte. Er gehört zu jenem prächtigen Schlags von deutschen Professoren, der heute ausgestorben zu sein scheint, den Grimms, Uhlands, Dahmanns und wie sie alle heißen, jenen Gelehrten, deren Sachverstand kein Heimmis war, auch Aktivist der Politik zu sein, und die, in tieferen Schichten als die Realpolitiker, ein fruchtbares Gleichgewicht zwischen Freiheit nach außen und Freiheit nach innen suchend, das Wachstum des ererbten neuen Volksstaates pflanzten.

Hoffmann wollte keine Kunst um der Kunst willen machen, er wollte wirken. Einmal recht aktuell-politisch, das ist der eine Zug, der durch sein Schaffen geht, dann das deutsche Lebensgefühl und die deutsche Volksoerzogenheit neu ausgrabend und belebend. Seine Bedeutung für die Renaissance des germanischen Lebensgefühls — er war ein verschämter Feind jedes Humanismus — darf nicht unterschätzt werden. Er ist schließlich einer der wenigen volkstümlichen Dichter, die unsere neuere Literatur hat. Da wir langsam wieder über den Literaturgeschichtshochmut hinauskommen und erkennen, daß Dichtung nur dann Kulturwert hat, wenn sie wirklich geistiger und irdischer Volksbesitz wird, so bekommen wir einen neuen Standpunkt zu Hoffmann. Soll man alles aufzählen, was von ihm wirklich noch lebendig ist? Neben dem Deutschland-Lied „Wie könnt ich dein vergessen“, „Treue Liebe bis zum Grabe“, „Frei und unerschütterlich“, „Zwischen Frankreich und dem Böhmerwald“, „Morgen müssen wir verreisen“, dann die Kinderlieder: „Morgen kommt der Weihnachtsmann“, „Kuckuck, Kuckuck ruft aus dem Wald“, „Winter abel“, „Alle Vögel sind schon da“, dann „Abend wird es wieder“ und manches andere? Zugegeben, daß viel Banales und Dünnes in dem lyrischen Riesenwerk Hoffmanns steht; doch das ist die Schattenseite, die jeder Volksdichter mit in den Kauf nehmen muß, weil er nicht nuancierte private Erlebnisse, sondern immer allgemeine Erlebnisse mit allgemein-gültigen Worten aus-

sagt. Hoffmann hat selbst die Inflation angeufen, die über sein lyrisches Wert zu entscheiden habe:

Ihr lieben Herrn, was forscht ihr,
ob ich wohl sei ein Dichter?
Ich habe nichts für euch gemacht,
ich habe nur ans Volk gedacht,
das Volk nur ist mein Richter.

Das Volk hat seinen Richtspruch gefällt. Es singt seine Lieder.
• D. E. H.

Der Toller-Sturm.

Ein Briefwechsel zwischen zwei nationalen Studenten.

Heidelberg, 3. Januar 1924.

Lieber Bismarck!

Ich hatte es für eine vaterländische Pflicht, Dich gezeimend von einem Ehrenhandel in Kenntnis zu setzen, der für die gesamte nationale Studentenchaft von größter Wichtigkeit ist. Ein sogenannter deutscher Theaterdirektor hatte hier vor kurzem die Unerschämtheit, ein miserables Stück: „Rosengarten“ von dem berühmtesten Friedrich v. U. n. r. u. h. aufzuführen. Ich verleihe zwar nichts von Literatur, das habe ich als Jurist ostob nicht nötig, aber wenn ein früherer Offizier pazifistische Stücke schreibt, dann weiß ich, was ich als Deutscher zu tun habe.

Also denke Dir, in keinem Nachwort läßt er einen Korpsstudenten auftreten, der sich als „Boruss“ ausgibt. Mein Blut kochte, als ich unsere geheiligten Farben so durch den Kot gezogen sah. Natürlich schickte ich dem Kerl am nächsten Morgen meine Kart-Sträger, aber der erbärmliche freigelung kniff ganz einfach, und die Judenpresse, die unerhörteste meinen Brief veröffentlichte, ja, erlachte etwas von geistigen Waffen. Lächerlich, ich hatte ihm doch Gelegenheit zur Satisfaktion angeboten! So jedenfalls ist der Kerl in den Augen aller anständigen Menschen gerichtet, leidend ihn unser Korps festerlich in den großen Biererschiff gelien hat.

Einen Kubikfuß auf Dein Wohl. Dein Bofho.

R.-S. Gleich doch mal in Bartels Literaturgeschichte nach, der Kerl muß ein Jude sein. Dresden, 17. Januar 1924.

Lieber Teutobold!

Du bist ein Riesenarm-krauder. Ich verstehe absolut nicht, wie man eine vaterländische Tat so ungeschickt ausführen kann — wozu bist Du denn Mitglied der „Teutoburger“, wenn Du noch nicht einmal eine lumpige Theaterdarstellung sprengen kannst? Da haben wir den Bogen ganz anders raus. Hier brachte gestern das rote Staatstheater eine antimilitaristische Schweinerei von „Herrn“ Ernst Toller. Wir waren uns natürlich sofort einig, daß das verbündert werden mußte. Beilegsam rüde denn auch unser ganzer Korps ins Theater, alles ausgeguckte Leute. Jeder hatte eine Pfeife, außerdem gab es genügend Klappern, Blasen und Blechbedel; ich selbst leitete von der Rangloge aus das Gefecht. Es klappte einfach prachtvoll wie bei einer Felddienstdrums. Als die ersten Stinkbomben fielen und der kleine Dide von Strolchenfels einen scharfen Schuß abgab, mußten die Trabanten auf der Bühne

Die Wirtschaftslage im Ruhrgebiet.

Schlechte Verkehrsverhältnisse. — Feierschichten. — Neue Kündigungen.
Dochum, 18. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die Verkehrsverhältnisse im Ruhrgebiet haben trotz der Ankündigung der Regie noch keine Erleichterung erfahren. Infolgedessen ist eine erhebliche Anzahl von Zechen gezwungen, weitere Feierschichten einzulegen. So haben die Zechen der Rhein-Stahlwerke sowie die Zechen Zentrum und Morgenstern in Walscheid infolge mangelhafter Wagenstellung durch die Regie neue Feierschichten eingelegt. Die Verstopfung der Verschiebebahnhöfe hält noch an. Die Zechenindustriellen sind dazu übergegangen, den bisher noch unbeschäftigten Bergarbeitern zum 1. Februar zu kündigen. Von dieser Maßnahme werden etwa 30 Proz. der gesamten Belegschaft betroffen. Auch die beschäftigten Bergarbeiter arbeiten vielfach nur noch drei Schichten in der Woche. Im Bochumer Revier liegen eine große Zahl von Schachtanlagen noch völlig still, so die Zechen Friedrich Karl, Verlorener Sohn, Viktoria, Hagenwinkel, die Culenburgschächte und die gesamten kleinen Bergwerke in den Ruhrbergen mit einer Belegschaft von rund 12 000 Mann.

Zwischen der Regie und den Bergbauindustriellen ist eine vorläufige Abmachung getroffen worden, wonach die Kohlensteuer von 10 auf 8 Frank je Tonne ermäßigt worden ist. Dafür ist die Lieferung von Reparationskohle an Italien von 21 auf 27 Proz. des tatsächlichen Absatzes erhöht worden. Die Strigerung der deutschen Kohlenlieferungen an Frankreich hält an. Auch dürfte die Scof (französische Vertriebsstelle der deutschen Kohlenlieferungen) voraussichtlich im Monat Januar mehr als 300 000 Tonnen deutschen Kohls erhalten gegenüber 260 335 im Dezember.
Auf einer Anzahl von Werken der Metallindustrie, die bisher im Stillstand gestanden haben, wird wieder gearbeitet, so auch auf der Heinrichshütte in Haltingen, wo die gesamte Belegschaft von rund 6000 Mann seit 10 Tagen im Ausland war.

Marx weist Rechberg ab.

Herr Arnold Rechberg hat im Anschluß an seine Pariser Reise den Reichstagsrat um einen Empfang gebeten. Dr. Marx ist aber der Auffassung, daß es sich bei dem Rechberg-Projekt um eine Erörterung technischer Einzelheiten handelt und hat Rechberg anheimgestellt, sich an den Leiter der französischen Abteilung im Auswärtigen Amt zu wenden.

Der Beamtenabbau in Preußen.

Im Preussischen Landtag trat der Vollausschuß zur endgültigen Verabschiedung der Vorlage über den Beamtenabbau zusammen. Wesentliche Veränderungen sind nicht vorgenommen worden. Die Bestimmungen in § 23 über die gleiche Behandlung der verheirateten weiblichen Beamten mit den männlichen in bezug auf Kündigung und Gewährung von Wartegeld und Ruhegehalt sind aufrechterhalten worden. Für die Schule ist eine etwas mildere Fassung gewählt worden. Die Entscheidung über das Kontrollorgan, welches als Schiedsgericht vom Unterstaatssekretär eingesetzt war, steht noch aus. Das Staatsministerium lehnt ein solches Schiedsgericht entschieden ab.

Die Rheinlandkommission drückt sich.

Vor der Entscheidung über die Pfalz.
Paris, 18. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die Rheinlandkommission, die sich am Donnerstag erneut mit der Frage der Registrierung der Verordnungen der Regierung der autonomen Pfalz* befaßte, hat sich auf das Kompromiß geeinigt, die Entscheidung den alliierten Regierungen selbst zu überlassen.

Die Gendarmerie Deutschösterreichs hat, ebenso wie kürzlich die Wehrmacht, ein ausnahmsweise die von der freien Gewerkschaft empfohlene Personalverzeichnis gewählt.
Die griechische Königsfrage soll nach einer Erklärung Venizelos' durch Volkswahl im Januar entschieden werden.

aufhören; wir waren so begeistert, daß wir alle im Chor unser herrliches Deutschland liebten. Der anständige Teil des Publikums lang kräftig mit, der andere Böbel erwiderte sich, zu protestieren. Wir haben sie aber hübsch zur Ruhe gebracht. Die Polizei erwiderte sich wieder, einige von unseren tapferen Kommissarien mit Namen festzusetzen — aber das macht nichts. Der Richter wird unsere vaterländischen Motive schon richtig verstehen.
Wir haben übrigens den Kommissarien J., der augenblicklich als Adjutant beim Wehrkreiskommando Dienst hat, veranlaßt, seiner Ergreifung einen Entwurf vorzulegen, der alle moderne Literatur ab heute wegen „Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Verletzung zum Kampfe“ bis auf weiteres verbietet. Nur so können wir die Kerls klein kriegen. Heil und Sieg! Macht's ebenso.
Sch komme Dir einen Ganzen. Dein Arbeiter.

Der Dresdener Theaterkerr. Die Aufführung der Tragödie „Der Hinkemann“ von Ernst Toller, die für Sonnabend und Montag auf dem Spielplan des Dresdener Schauspielhauses stand, ist abgelehnt und durch andere Stücke ersetzt worden. Wie amtlich mitgeteilt wird, hat das Ministerium für Volksbildung angeordnet, daß wegen der planmäßigen Stärkung der Erziehung der Tragödie gegen diejenigen Betätigten, die der Disziplinargewalt öffentlicher Hoch- und höherer Schulen unterstehen, das Disziplinarverfahren eingeleitet wird. Von deutschnationaler Seite ist im Landtag ein Antrag eingebracht worden, in dem die Regierung ersucht wird, die Aufführung des Stückes zu verbieten.
Um denjenigen Zuschauern, denen es am Donnerstag unmöglich war, den Vorgängen auf der Bühne zu folgen, einen Einblick in die Toller'sche Dichtung zu geben, wird am Donnerstag, den 24. Januar, eine Aufführung unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfinden, und zwar gegen persönliche Eingehaltung in Pflichten.
Die Fraktion der deutschen demokratischen Partei hat im sächsischen Landtag eine Anfrage eingebracht, in der grundsätzlich dagegen Einspruch erhoben wird, daß „das Theater durch das gewalttätige Vorgehen einer Minderheit stundenlang zum Zusammenstoß unwürdiger und müßiger Redougenen“ gemacht werde. Die Fraktion fragt die Regierung, was sie zu tun gedenke, um ähnlichen Vorgängen in Zukunft vorzubeugen.

Wintersport.

Funkeleider Frost auf überharten Zweigen,
Bäume, die sich vor Scherkeifst beugen,
Strahlender Winter Sonnenschein,
Nachen und Scherzen auf allen Wegen,
Schlittschuh, Schneehub und Rodeltrubel,
In Rinderaugen leuchtender Jubel:
Wintersport!
Doch sich dort die Reihe zerstanter Gestalten,
Ungelebt, die Schaufel zu halten,
Ein Bankangestellter, ein Deterateur,
Ein Feinmechaniker und andere mehr;
Arbeitslose, die, ohne zu schelten,
Ihre Unterstützung abgeben.
Frostklappernd schlippen sie freie Bahn
Für den Fächler, der Auto fahren kann:
Wintersport!

Poincarés Pfalزشwindel.

Schluß der Interpellationsdebatte.

Paris, 18. Januar. (Eigener Drahtbericht.) In Fortsetzung der sehr nennenswerten zwei Wunden sich hingehenden Interpellationsdebatte der Kammer über die auswärtige Politik hat am Freitagmorgen Poincaré gleich zu Beginn das Wort ergriffen, um auf die Ausführungen des Abg. Renaud, des Verfechters der Rechberg'schen Idee in Frankreich sowie auf das in der vergangenen Woche vom Abg. Herriot entwickelte außenpolitische Programm der sozialistischen Radikalen zu erwidern. Poincaré erwiderte, daß er weder mit beiden einig gehe. Er bezeichnete es jedoch mit Genugtuung, daß auch Herriot jede Reduzierung des französischen Guthabens an Deutschland ablehnte; dagegen müsse er auf das entscheidendste den Vorwurf Herriots zurückweisen, daß die französische Regierung, die bereits auf den Konferenzen von London und Paris zum Einmarsch ins Ruhrgebiet entschlossen gewesen sei, mit der englischen Regierung ein solches Spiel getrieben habe. Das Ziel der französischen Regierung sei vielmehr bis zuletzt eine gemeinsame Aktion aller Alliierten gewesen. Erst als diese Absicht gescheitert sei, habe sie sich zu isoliertem Vorgehen entschlossen. Auch jetzt wänche er nichts schändlicher als die Wiederherstellung einer alliierten Einheitsfront. Die französische Regierung habe wiederholt die Veröffentlichung eines Gelbbuches, das den gesamten Meinungs-austausch der Alliierten über die Ruhrpolitik enthalten sollte, angeregt, sie habe aber bisher mit diesem Vorstoß nicht durchzudringen vermocht.
Poincaré sagt in seiner mitunter sehr lebhaft verlaufenden Erwiderung an Herriot u. a., daß Frankreich 3 Jahre lang allen Verhandlungen zugestimmt habe, um England angenehm zu sein. (Beifall.) Poincaré bedauert, daß England die „finanzielle Front der Alliierten“ bereits sofort nach dem Kriege durchbrochen habe. Die Kritik Herriots treffe also die englische und nicht die französische Politik. (Beifall.) Auch die Vorwürfe, die Regierung habe zu Sachlieferungen nicht ermutigt, seien ungerichtet. Deutschland habe niemals das von Frankreich angeregte genaue Programm für die Sachlieferungen angenommen. Seine Sachlieferungen seien nur erfolgt, um Absatzmärkte zu erobern. Er dankt Herriot aber dafür, daß

Herriot ebenfalls die Notwendigkeit erkannt habe, das Ruhrgebiet nicht unmittelbar zu räumen.

Er teile nicht den Optimismus Herriots, der es für möglich halte, eine Politik durchzuführen, bei der „diese insicheren Pfänder durch soübere Pfänder“ ersetzt werden können. Diese Politik könne allzu leicht dazu führen, daß man den Sperling in der Hand gegen die Taube auf dem Dach vertausche. (Beifall im Zentrum.) Trotz der Behauptung Herriots sei Belgien in diesen Punkten vollkommen mit Frankreich einig. Renaud habe der Regierung vorgeworfen, sie habe Stresemann bei Einstellung des passiven Widerstandes nicht genügend Vertrauen entgegengebracht. Aber die deutsche Regierung habe niemals ihre Verpflichtungen gebrochen. Sie bereite noch täuschlich immer Schwierigkeiten und man könne immer noch nicht sagen, daß der Widerstand endgültig aufgehört habe. General Degoutte habe erst kürzlich telegraphiert, die deutsche Regierung scheine sich zu bemühen, die Durchführung der abgeschlossenen Abkommen zu verhindern. Man habe bereits mehr als 80 000 deutsche Eisenbahner eingestrichelt, aber noch keine der 800 versprochenen Lokomotiven habe Deutschland geliefert. Berlin verhandle die Bildung einer rheinischen Emissionsbank. Frankreich habe nicht an der Auflösung des Reiches mitgearbeitet. (!) Clemenceau

Neuer Frankensturz.

Trotz Zinsfußerhöhung.

Paris, 18. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Auf dem Devisenmarkt herrsche am Freitag ausgeprochene Unsicherheit. Im Frühverkehr der Banken war das Pfund bereits annähernd auf 93,5 der Dollar auf über 22 gestiegen, um an der Börse mit 92,95 bzw. 21,995 zur amtlichen Notierung zu gelangen. Unmittelbar nach Börsenschluß lehnte eine neue Abwärtsbewegung des Frankens ein, die das Pfund auf über 93, den Dollar auf 22,05 steigen ließ. Damit hat der Franken erneut einen großen Teil des Kursgewinnes der letzten Tage eingebüßt. Die am Donnerstag von der Bank von Frankreich vorgenommene Heraushebung des Diskontsatzes von 5% auf 6 Proz. hat also gerade das Gegenteil der beabsichtigten Wirkung erzeugt.

Pflichtgemäße Hilfeleistung.

Belgrad, 17. Januar. (Eca.) Der südslawische Finanzminister hat befohlen, alle Personen, die in französischen Franken spekulieren, zu verhaften bzw. auszuweisen. Die Nationalbank in Belgrad hat einen bedeutenden Frankentauf vorgenommen.

Die Sachverständigenprüfer.

Paris, 18. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die erste Besprechung des Sachverständigenausschusses der Reparationskommission mit dem deutschen Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht ist für Montag früh vorgesehen. Der Ausschuß ist am Freitagmorgen zum Zusammengetreten, um sich über die Fragen zu einigen, die Dr. Schacht vorgelegt werden sollen; in erster Linie scheint man detaillierte Auskünfte über die augenblickliche Lage der Reichsfinanzen und über die Opportunität einer Goldemissionsbank zu wünschen.

In einer Besprechung des überrothend künftigen Debitenausweises der Reichsfinanzverwaltung geht der „Temps“ auf das seit Donnerstag in unrichtigen Kreisen zirkulierende Gerücht ein, wonach der Sachverständigenausschuß angesichts der Stabilität der Rentenmark und der Konsolidierung der deutschen Finanzlage die ihm gestellte Aufgabe als zum größten Teil überholt betrachtet und das Hauptgewicht seiner Beratungen neuerdings auf die Ermittlung des deutschen Leistungsvermögens lege. Das Blatt deutet an, daß der Ausschuß dabei stark unter Einflüssen eines neuen englischen Konferenzplanes stehe, von dem die französische Regierung bisher offiziell keinerlei Kenntnis erhalten habe.

Der zweite der von der Reparationskommission eingesetzten Ausschüsse, der die deutsche Kapitalkluft prüfen soll, wird am Montag zur konstituierenden Sitzung zusammentreten. Den Vorsitz wird der englische Delegierte Schockinger a. D. Mac Kennä führen.

Goesch bei Stresemann.

Geschäftsträger v. Goesch hatte gestern, Freitag, in Berlin eine mehrstündige Unterredung mit dem Außenminister Dr. Stresemann. Herr v. Goesch wird Anfang nächster Woche nach Paris zurückkehren.

Die russische Frage in Frankreich.

Der „Temps“ gegen die Regierung.
Paris, 18. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die französische Regierung hatte am Freitagmorgen im Hinblick auf die täglich akuter werdende Frage der Anerkennung der Sowjetregierung eine offizielle Mitteilung verbreiten lassen, in der sie erklärt, daß sie nach wie vor die Wiederaufnahme der Beziehungen zu Moskau von der Anerkennung der russischen Vorkriegsschulden durch die gegenwärtigen Machhaber, von der Wiedereinsetzung bzw. vollwertigen Entschädigung der in Rußland exproprierten französischen Staatsangehörigen und von einem offiziell ausgesprochenen Verzicht auf jede bolschewistische Propaganda in Frankreich abhängig mache.

habe seinerzeit die Auffassung vertreten, daß die Deutschen ihr Land lieber auseinanderlassen, um nicht durch die Umtriebe einzelner in einen Krieg verwickelt zu werden. Frankreich wolle den einzelnen Bevölkerungsteilen volle Freiheit lassen. In der Pfalz sei die Lage eine ganz andere als in den übrigen besetzten Gebieten. Uhrn (Sejlaiff) ruft dazwischen, er werde Bericht Tirards zur Verlesung bringen, die die Regierung zwingen würden, den General de Weh zu desavouieren.

Poincaré antwortet, er kenne keine Dokumente dieser Art. Die Pfalz unterstehe nicht Berlin, sondern Bayern. Die Pfälzer Sozialisten hätten die Initiative zu einer Aktion gegen die Münchener nationalsozialistische Regierung ergriffen und seien hierbei von der großen Mehrheit der Bevölkerung, nämlich den Bauern, Handwerkern und kleinen Industriellen, unterstützt worden.

Die pfälzische Bewegung

sei das spontane Werk eingeborener Elemente und aus örtlichen Gründen erwachsen. Eine Geheimorganisation habe sich trotz feierlichen Versprechens der deutschen Regierung in Heidelberg gebildet, um Unruhen in der Pfalz herbeizuführen. Die Vereinigung „Treuhänder“ habe sich bemüht, Astenate gegen die Separatisten und gegen die Besatzungsbehörden vorzubereiten. Die politischen Vertreter großer lokaler Organisationen seien als Prokustler vorgeschickt worden. Der französische Delegierte der Rheinlandkommission (de Weh, Red.) habe die französischen Vertreter angewiesen, strenge Neutralität zu bewahren und Unruhen vorzubeugen. Vor dem Attentat gegen Heingel die Ruhe auch nicht gestört worden (!).

Poincaré wendet sich alsdann in scharfen Worten gegen die Haltung Englands; Lord Curzon habe „unermarteterweise“ eine Untersuchung verlangt, die im übrigen durch Unwissenheit eines französischen Vertreters einen internationalen Charakter angenommen habe. Der englische Vertreter sei zweifellos durch die Erklärungen der pfälzischen Autoritäten überreicht worden. Wie dem aber auch sei, die französische Regierung habe sich an die Versailles Bestimmungen und werde niemals aus ihrer Reserve herausgehen. Noch weniger denke Frankreich an Interventionen oder daran, die besetzten Gebiete unter seinen politischen Einfluß zu bringen. Derartige Märchen seien einfach Schreckbilder für kleine Kinder, und diejenigen, die damit haullieren gingen, rechneten allzuweh auf die Leichtgläubigkeit ihrer Zeitgenossen. (Schallender Beifall. Zurufe: Unterbrechung!) Die Sitzung wird um 4,50 Uhr unterbrochen.

Am Schluß der Abend Sitzung erklärte sich Poincaré mit der Tagesordnung Monnets und Broffes einverstanden. Die Priorität für diese Tagesordnung wurde von der Kammer mit 415 gegen 151 Stimmen bewilligt. Die erste Hälfte wurde mit 443 gegen 129, die zweite Hälfte mit 445 gegen 123 und darauf die gesamte Tagesordnung durch Handaufheben angenommen. Die Sitzung war kurz nach 9 Uhr französischer Zeit zu Ende.

Mit seiner Berufung auf die Pfälzer Sozialdemokraten hat Herr Poincaré die Kammer gründlich angezwindelt. Die von Hoffmann und Genossen eingeleitete Aktion war direkt antiseparatistisch und von dem Bestreben geleitet, die Pfalz vor dem Separatistengefährde zu retten. Als Hoffmann erkannte, daß der Schleicher de Weh das Un'ernehmen zu separatistischen Zwecken mißbrauchen wollte, zog er sich sofort von ihm zurück.

Diese Erklärung der Regierung wurde am Abend vom „Temps“ scharf kritisiert, der es als absolut überflüssig bezeichnete, einer Verständigung mit Rußland in dem Augenblick den Weg zu verstopfen, wo alle anderen europäischen Kabinette sich anstiften, die abgebrochenen Beziehungen zu Rußland wieder anzuknüpfen.

Die Londoner Adressdebatte.

London, 18. Januar. (Eigener Drahtbericht.) An der heutigen Fortsetzung der Adressdebatte im Unterhaus nahmen die weiblichen Abgeordneten regen Anteil. Zunächst befuwortete die Herzogin von Atholl (sonst) die Errichtung von Fortbildungsanstalten für die jugendlichen Arbeitlosen beider Geschlechter. Im Zusammenhang mit der Arbeitslosigkeit besprach sie die schwere Konkurrenz, die neuerdings von Frankreich aus infolge der Verschlechterung der französischen Währung der englischen Industrie gemacht werde. So habe sie erst vor wenigen Stunden erfahren, daß französische Werke Aufträge für 40 000 Pfund erhalten hätten, indem sie die Angebots englischer Werften bedeutend unterboten konnten.

Im weiteren Verlauf der Debatte kam es zu einem Zwischenfall.

Abg. J. H. Thomas (Sez.) hatte in seiner Rede den Herzog von Northumberland angegriffen, weil dieser behauptet hatte, die Arbeiterpartei würde, wenn sie in der Regierung läge, die Armee und die Polizei verderben. Die konervative Abg. Lady Astor rief dem Redner „Psui!“ zu, worauf Thomas antwortete, er meine sie ja gar nicht, aber es gibt Leute in ihren Reihen, die viel weniger intelligent seien. So habe der Herzog von Northumberland, der zu den persönlichen Freunden der Lady Astor gehöre, auch behauptet, daß die Arbeiterpartei die eheliche Treue unterorade. Aber, führte Thomas hinzu, zu Ihrer Beruhigung kann ich Ihnen sagen, daß dies absoluter Unsinn ist und daß die Männer, die hinter der Arbeiterpartei stehen, ebenso treue Gatten und gute Väter sind wie die anderen.

Ferner erklärte Thomas, daß die Arbeiterpartei wohl Behälter in der Regierung begeben möge, daß aber die Erziehung und Verantwortung, die sie als Regierungspartei haben werde, nur von Vorteil für sie sein würde. Sodann sprach der Schatzkanzler Revoilte Thomas an, der die Haltung der Liberalen verurteilte, welche jetzt die Arbeiterpartei zur Regierung verheißten wollen, obwohl deren Ziele denen des Liberalismus geradezu entgegengesetzt seien.

Um 4 Uhr nachmittags wurde die weitere Debatte auf Montag vertagt, der der Schlußsitzung für die Regierung Baldwin sein wird. Es gehen heute Gerüchte um, wonach 50 Liberale sich verpflichtet hätten, Aquith den Rücken zu kehren und gegen den Mißtrauensantrag der Arbeiterpartei zu stimmen. Wenn dies eintritt, dann könnte es allerdings bei der Abstimmung zu einer Ueber-raschung kommen; aber es wird dieser Vorfall im allgemeinen wenig Glauben finden. Soweit bekannt, beschränkt sich die Zahl dieser renitenten Liberalen auf etwa ein halbes Duzend Mitglieder, die bei den Wahlen von der konservativen Partei offiziell unterstützt worden waren.

Der Leiter unseres Kassowitzer Parteiblattes, Genosse Dr. Koslus, wurde verhaftet, angeblich, weil in der Druckerei des genannten Blattes kommunistische Druckschriften hergestellt wurden. Genosse Koslus wurde später gegen eine größere Kaution auf freien Fuß gesetzt.

Nitti verläßt Mailand. Nach einer römischen Meldung hat Nitti die Absicht, Italien zu verlassen, um weiteren Angriffen der Nationalisten zu entgehen. Seine Wohnung in Neapel ist vollständig zerstört worden.

Begnädigung der Dato-Mörder. Wie aus Madrid gemeldet wird, sind die Mörder Dato, Masou und Nicolau begnadigt worden.

Stille Winkel der Weltstadt.

Wenn der Wirbelstrom der Weltstadt uns umbraut, dann ahnen wir wohl kaum, daß inmitten all dieser Unruhe stille Winkel liegen, versteckte Plätzchen, wie einsame Inseln im Meer. Nur von fern her vernehmen wir das brandende Wogen des Weltstadtlebens. Dort, wo die Fischerdörfer und späteren Schwesterstädte Berlin und Kölln sich erhoben als der Kristallisationspunkt, an den strahlenförmig die große Stadt sich anbaute, finden wir die Ueberreste aus jener Zeit, da das Leben noch in beschaulicher Behaglichkeit, in ruhiger Weisheit dahinflaß. Nicht von ungefähr steckten sich just hier zuerst die Menschen an: die natürlichen landschaftlichen Verhältnisse bedingten es. Das breite Spreetal öffnet sich ganz beträchtlich, da die im Norden und Süden angrenzenden Hochflächen an dieser Stelle einander nähern. Zudem teilt sich der Fluß in mehrere Arme, so daß die in Vorzeiten von Sumpfwäldern bedeckt gewesene Niederung hier am leichtesten überschritten werden konnte. Die alte Handelsstraße von Nord nach Süd benutzte diesen Übergang, und so mag denn hier eine Siedlung entstanden sein, die den Reisenden Herberge gewährte. Auf den beiden von der Spree gebildeten Inseln liegen die ältesten Kerne Berlins, im Süden Alt-Kölln, im Norden Alt-Berlin. Hierhin müssen wir unsere Schritte lenken, wenn wir stille Winkel der Weltstadt kennen lernen wollen, Stätten, die dem Weißel und der Epiphytade noch nicht zum Opfer gefallen sind.

Alt-Kölln.

Die Fischerstraße ist die älteste Straße von Alt-Kölln, in der die Hüften der wendischen Fischer standen. Um mit den Fingerringen schnell zum Wasser hinunter gelangen zu können, waren zwischen den einzelnen Gebäuden schmale Durchgänge gelassen worden, wodurch die Siedlung eine kammähnliche Form bekam. Noch heute tritt uns bei derartigen Fischerstetlungen die gleiche Siedlungsform entgegen. Einer dieser Durchgänge hat sich in der Fischerstraße noch erhalten. Von den hohen Brandmauern der angrenzenden Häuser und den daran gebauten niedrigen Schuppen eingeeignet, führt er als ganz schmaler Durchlaß zur Fischerbrücke. Manches Haus steht noch in der Fischerstraße, geschmückt mit alten Gewerkszeichen. So hat der Bäcker als Wahrzeichen seines Gewerks eine Bregel, einen Zopf und eine Semmel mit drei Heiligen, die Kochmungen überbrühmten Berliner Gebäcks; auch den Aufzug (Kran oder Kranich) zum Emporwinden der Mehlkörbe sehen wir noch mitunter. Ganzlich der Weltstadt entrückt glauben wir zu sein, wenn wir einen Blick in die Höhe der Häuser tun. Treppen und Galerien führen häufig an den Außenwänden der Häuser entlang, und wohl selten fehlt ein Baum oder Strauch, der eine trauliche Beschaulichkeit hervorzaubert und die sonst tristen Höfe in behagliche träumerische Winkel umwandelt. Ueber dem Tor des einen Hofes ist ein Eichhörnchen angebracht mit dem Spruch:

Zum Eichhorn bin ich genannt,
Dies Haus steht in Gottes Hand!
1604.

Das älteste Haus dieser Straße ist das „Gasthaus zum Ruhbaum“. Der hochgewölbte Kellerhals zeigt die Jahreszahl 1571. Das Haus lehnt seinen Oberst der Straße zu, davor steht ein großer Ruhsbaum.

Alt-Berlin.

Wandern wir von der Fischerbrücke über die Mühlendammbrücke, so kommen wir nach Alt-Berlin. Die Gegend um die Nikolaiskirche und den Marktplatz bildet den ältesten Kern der Siedlung, die, wie noch heute die Anordnung der Straßen erkennen läßt, ursprünglich ein Runddorf war. Vom Marktplatz führt der Krögel zur Spree, eine schmale Gasse, ehemals ein Spreearm, der zugeschüttet wurde und der auf wendisch Crumel hieß, hier sind noch viele alte Gebäude erhalten geblieben, die mit ihren hübschen Wirteln, schmalen Durchgängen und engen Höfen völlig an ein mittelalterliches Stadtbild erinnern und das Entzünden der Wälder und Freunde alter Stadtbauten sind. Auf dem Hof bilden die von Holzgäulen getragenen Galerien des ersten Stockwerks laubentartige

Ueberbauten. Das Gebäude zwischen dem ersten und zweiten Hof zeigt eine Sonnenuhr mit der Inschrift: „Mors certa, hora incerta“ (Der Tod ist gewiß, seine Stunde aber ungewiß). Der wichtige Berliner Volksmund überseht die Inschrift mit: „Die Uhr geht sicher nicht richtig.“ Von dem Ende des Krögels haben wir einen schönen Ausblick über die buchstäblich erweiterte Spree mit ihren jenseitigen Uferstraßen. Auch hier kommt uns wieder der Zeitenwandel so recht zum Bewußtsein. Hinter uns Alt-Berlin, wie es uns in der engen Gasse des Krögels und den altertümlichen Häusern noch erhalten geblieben ist, vor uns dagegen die neue Stadt mit ihrem regen Verkehr auf dem Wasser und in den Straßen. Ein anderer stiller Winkel der Weltstadt ist die Wallenstraße. Auch hier treten uns die schmalen niedrigen Wohnhäuschen entgegen, die wir sonst nur noch in den Kleinstädten antreffen. Sie waren unmittelbar an der ehemals hier vorbeiführenden Stadtmauer angebaut, die gleichzeitig ihre Rückwand bildete. An dem Hause Nr. 9 sehen wir einen großen Schmetterling, das Wahrzeichen einer alten Naturalienhandlung. Von alten Bäumen beschattet, ragt der alte Friedhof, der die alte Parochialkirche umgibt, in das abschließende stille Straßenbild. Der Turm der Kirche trägt ein holländisches Glockenspiel von 37 Glocken, das zu den vollen Stunden einen Choral spielt.

Wir haben unsere kurze Wanderung durch Alt-Kölln und Alt-Berlin vollendet und dabei Bilder zu sehen bekommen, wie wir sie kaum erwarteten. Bei einigem liebevollen Vertiefen in die Heimlichkeiten der Weltstadt wird es uns sicher gelingen, noch mehrere dieser stillen Winkel zu entdecken, die ihre Eigenart der stillen Beschaulichkeit hinübergerettet haben in das Drängen und Hasten des neuzeitlichen Berufslebens. Allmählich werden diese Zeugen der Vergangenheit ausgerottet, und die Jahre sind zu zählen, in denen auch der letzte von ihnen verschwunden sein wird. Wenn es auch vom Gesichtspunkt des Dichters und Malers sowie des Heimatfreundes zu beklagen sein mag, daß derartige Denkmäler einer längst vergangenen Zeit nicht erhalten bleiben, so müssen wir uns doch vor Augen halten, daß um der Volksgesundheit und des aufblühenden Verkehrs willen diese wie Hindernisse wirkenden Ueberbleibsel keinen Platz mehr im neuzeitlichen Großstadtbild haben können. Die Häuser mit ihren zusammengedrängten Wohnungen und engen, vom Sonnenlicht häufig nur spärlich oder gar nicht getroffenen Höfen entsprechen längst nicht mehr den Anforderungen, die die Zeit stellt, um gesundheitlich einwandfrei zu wohnen.

Eine Tragödie des Alltags.

Der Mord an der Händlerin Bod.

Der Roman eines Dienstmädchens. Kein Heim. Immer unter fremden Leuten. Kurze Augenblicke heimlicher Liebe. Heiratversprechungen, uneheliche Mutterschaft. Waisenhaus fürs Kind, Hangen und Wogen nach Mutterglück. Unversorgte Zukunft. Roman mit einem zehn Jahre Jüngeren, verschmähte und mißhandelte Liebe. Wahnsinnstat eines verquälten Menschen. Das war der Inhalt der Beichte der Angeklagten Schmielewski, die sich wegen Ermordung der Händlerin Bod vor dem Gericht zu verantworten hatte.

Früh verlor sie den Vater, der Landarbeiter war. Früh wird sie Zeuge, wie der Vater, der ein Säuerler ist, die Mutter mißhandelt. Schon als Schulkind muß sie Aufwartedienste verrichten. Als Fünfzehnjährige kommt sie in die erste Stellung, erst auf dem Lande, dann in die Stadt. Zwanzigjährig geht sie nach Berlin in Stellung. Als vierundzwanzigjährig wird sie von dem ersten unehelichen Kinde im Birchow-Krankenhaus entbunden. Das Kind kommt zur Mutter und nach deren Tode ins Waisenhaus. Der Vater, der die Heirat versprochen hatte, verschwindet von der Bildfläche. Fürs Kind sorgt die Mutter. Im Jahre 1920 mietet sie sich bei der Frau Bod ein. Tagsüber arbeitet sie bei Eimens. Nach der Arbeit räumt sie die Wohnung der Frau Bod auf, die sechs Zimmer vermietet. Zu gleicher Zeit beginnt das Verhältnis mit dem

zehn Jahre jüngeren Schlichtergesellen Sadehki. Sie kennt ihn schon von der Kindheit her. Er arbeitet wenig und lebt auf ihre Kosten. Das Verhältnis ist anfangs ungetrübt. Dann zieht Frau Bod nach der Fürstberger Straße und beginnt dort ein Geschäft. Die Schmielewski zieht mit ihr dahin, auch Sadehki. Sie hilft der Frau Bod im Geschäft. Beide Frauen vertragen sich gut. Die Verbindung mit Sadehki hat Folgen. Frau Bod rät zur Abtreibung. Das Kind kommt doch zur Welt und ins Waisenhaus. Dann ereignet sich das Unglück, das beiden Frauen zum Verhängnis wird. Frau Bod hat ihre Wohnung unrechtmäßig verkauft. Das Wohnungsamt kommt dahinter. Die Schmielewski sagt gegen Frau Bod wahrheitsgemäß aus. Seit diesem Augenblick entsteht die Feindschaft. Ueberall und vor jedermann wurde die Schmielewski von Frau Bod schlecht gemacht. Sadehki wird ihr untreu. Aus seinem neuen Verhältnis macht er kein Hehl, schenkt sich sogar nicht, seine Liebesbriefe an die Rivalein, ein Fräulein Hoffmann, offen liegen zu lassen. Die Schmielewski ist verzweifelt, fürchtet den Mann zu verlieren, fühlt unter dem Herzen schon das zweite Kind, läuft zu ihrer Rivalein, steht sie an, von Sadehki zu lassen. Der mißhandelt sie bei jeder Gelegenheit, läßt sie nachts nicht ins Haus. Ist aber ihr Brot, trinkt ihren Kaffee und lebt mit der Nebenbuhlerin. Frau Bod schürt das Feuer. Dann erscheinen eines Tages Sadehki und die Hoffmann bei der Bod, um ihr seine neue Braut vorzustellen. Die Schmielewski ist außer sich. Kaum hat das Paar die Wohnung verlassen, als sie die Bod zur Rede stellt. Beide Frauen schimpfen aufeinander ein, Frau Bod legt ihr auf den Kopf zu, daß Sadehki die Hoffmann heiraten würde und soll, beide kommen ins Handgemein, die Schmielewski erwürgt Frau Bod, sinkt nachher auf ihrem Bett wie gelähmt nieder, weiß nicht, wie sie zur Tat gekommen ist. Dann hält sie die Sachen der Frau Bod zusammen und versteckt sie. Noch in derselben Nacht will der Sadehki ihr das Haus verwehren. Am nächsten Morgen wird die Schmielewski verhaftet.

Medizinalrat Dr. Thiele erklärt die Angeklagte für geistig minderwertig. Sie leidet an chronischen Störungen des Affektlebens. § 51 wäre aber nicht anwendbar. Prof. Dr. Strauch geht weiter. Die Tat ist im Zustande eines übermäßig gesteigerten Affektes begangen. Hinzu kommt noch die Schwangerschaft. Er sei im Zweifel darüber, ob § 51 noch nicht zutrefte. Ein Antrag auf Unterbrechung in einer Errenanstalt wird nicht gestellt. Das Gericht beschließt aber von sich aus, die Sache zu vertagen und Dr. Leppmann als Sachverständigen hinzuzuziehen. Trotz des Antrages des Verteidigers Dr. Brand und der energischen Bestimmung des Medizinalrats Thiele lehnt das Gericht die Aufhebung des Haftbefehls gegen die Angeklagte ab.

Hat die Angeklagte die Wahrheit gesprochen, war sie wirklich die gequälte und mißhandelte und zur Verzweiflung getriebene Frau, deren Tat gleich dem Ausbruch eines Vulkan über sie selbst und über ihr Opfer hinwegbrauste, so hätten die Geschworenenrichter sie freisprechen müssen. Was konnte nun die Strafkammer tun? Ist sie verantwortlich für ihre Tat, so muß sie laut Gesetz verurteilt werden, nicht wegen Mord sondern wegen Totschlag. Es gab nur einen Ausweg: die Anwendung des § 51. So tat das Gericht recht, als es die Verhandlung vertagte. Ob es aber recht gehandelt hat, daß es die hochschwangere Frau nicht befreien wollte, nachdem die Schwägerin der Angeklagten auf Befragen des Vorsitzenden, ob sie bereit wäre, im Falle der Entlassung der Schmielewski sie bei sich aufzunehmen, sich einverstanden erklärte. Ist eine andere Frage. Es half nichts, daß Medizinalrat Thiele das Gericht davon zu überzeugen versuchte, daß es üblich ist, in Fällen, wo nicht unbedingt die höchste Strafe zu erwarten ist, schwangere Frauen, die einige Wochen vor der Entbindung stehen, aus der Haft zu entlassen, auch nicht sein Hinweis auf die äußerst schlimmen Ernährungsverhältnisse im Gefängnis. Die Schmielewski bleibt in der Haft bis zum nächsten Termin. Fleischer werden es doch noch Geschworene sein, die über sie zu Gericht sitzen werden. Der noch so milde Berufsrichter — man muß der Prozeßführung Gerechtigkeit angedeihen lassen — ist doch an das harte und tote Gesetz gebunden.

Zum Ablesen des Bürgermeisters Ritter hat der preussische Minister des Innern am 17. Januar an den Oberbürgermeister Böhm-Berlin folgendes Telegramm gerichtet: „Anlässlich des Todes des zweiten Bürgermeisters Ritter spreche ich Magistrat und Stadtvorordnetenversammlung der Stadt Berlin mein herzlichstes Beileid aus. — gez. Severing.“

(Nachdruck durch Wall-Verlag, Berlin.)

Der Bürger.

Von Leonhard Frank.

Sie blickte beim Sprechen hinaus in den Garten, steil aufgerichtet. „Ich habe alles gehört. Du hast keine Zeit, Herrn Philippi zu besuchen. Deine Schularbeiten sind wichtiger. In meinen Händen liegt deine Erziehung.“ Ein Automat sagte: „So eine verrottete Schachtel! Du bist ja vollkommen ahnungslos... Das ist übrigens die volle Wahrheit.“ Die Tante schnellte entsetzt herum. Auch Jürgens Mund blieb in übergroßem Schrecken geöffnet. „Was hast du gesagt? Wiederhole, was du eben gesagt hast!“ „Das habe doch ich nicht gesagt.“ Sein Tonfall der Heberzeugung riß der Tante die Empörung ins Gesicht. „Du leugnest, was ich mit meinen Ohren gehört habe?“ Jürgens, überzeugt, diese Worte nicht gesprochen zu haben, bekam irrlösende Augen. „Das werde ich morgen dem Herrn Rektor schriftlich mitteilen. Du übergibst ihm den Brief. Und jetzt... Pflut!“ Erst nachdem die Tante schon draußen war, fühlte Jürgens ein paar Tropfen auf seinem Gesichte kalt werden und wußte, daß sie ihm angepöckelt hatte. Hitze und Kälte wechselten einigemal schnell in seinem Körper. Er trat ans Fenster, starrte in den Garten. Die farbigen, kopfgroßen Glastugeln steckten still und öde auf den grünen Stangen. Aus dem Nachbargarten klangen Sonntagnachmittagsgeräusche herüber. Abgerissene Worte. Jemand spielte Ziehharmonika. Ein wilder Schrei sah Jürgens im Hofe. Er hob die linke Schulter, die rechte, rhythmisch die Beine. Die Bewegungen wurden zu einem gedrückten Tanz. Am Montagmorgen schlich er, eine Stunde früher als gewöhnlich, ohne Brief geduldet aus dem Hause, begann plötzlich zu laufen, rannte, galoppierte weit aus der Stadt hinaus, quer über Schöllendächer, hügelan und -ab, bis vor das schwarze Tunnelloch im Berg und stieg die Nordseite hin, kehrte um und kam, verschwitz und kuschend, noch rechtzeitig im Schulzimmer an, wo der Professor eben mit dem feilgestellten Bleistift auf das Katheder klopfte. Die Blicke der sechs Augenpaare trafen beim Bleistift zusammen, der in dieser Stellung immer etwas Außerge-

wöhnliches bedeutete. Der Professor zog die Stille hinaus. Jeder lauernte: „Wen trifft es?“ Jürgens hatte das Gefühl, sein Herz sei so rund und so groß wie ein schwarzer Mond und schlage nicht mehr.

„Leo Seidel... Sie wissen, daß Ihr Vater Sie leider aus dem Gymnasium herausnehmen muß. Umstände halber... Euer bisheriger Schulkamerad verläßt Euch heute. Er muß verdienen... Leo Seidel, Armut ist keine Schande.“

Der Sohn des Briefträgers blickte beschämt ins Tentenfah. „Auch ein Hausdiener kann sich heraufarbeiten... In Amerika, zum Beispiel, soll das öfter vorkommen.“ sagte der Professor und lächelte. „Diesen Vormittag bleiben Sie noch in unserer Mitte.“ zeigte er, mit einer Handbewegung über die ganze Klasse weg. Und deutete mit dem Daumen zur Tür: „Dann treten Sie in Ihren neuen Pflichtenkreis ein.“

Kreisende Raketsprünge. Sonne. Hinter dem eleganten Kinderwagen reitet das Mädchen auf dem Stedenpferd in gezähmter Pferdegebäude durch das Klassenzimmer. Offenen Mundes starrte Jürgens den abgezehrten Profetarietjungen an. „Wollen Sie etwas sagen, Kolbentreiber? ... Run? Heraus damit!“

Die übergroße Erregung fraß Jürgens ganze Kraft auf. Seine gelächelten Lippen stammelten: „Ich möchte nichts sagen.“

„Karl Leng! ... Sie haben vorher mit Adolf Simshemer Fingerhaken geübt; erklären Sie uns jetzt den Flaschenzug.“ Auf dem Katheder stand ein kleines Modell. Nichts? ... Sezen Sie sich. Und lassen Sie sich's von Leo Seidel erklären.“

Während hinten das Duell der Fingerhakenenden ausgegossen wurde und der Professor mit den kleinen Bleigewichten des Modells spielte, erklärte die einsame Stimme Leo Seidels das Geheiß des Flaschenzuges.

Jürgens litt unter der Freiheit, seine Meinung nicht geäußert zu haben, brüllte in Gedanken: „Run weil Seidels Vater arm ist? Das ist gemein! ... Alles ist gemein.“

„Glocke bestimmungslos den Professor an, bis der ihm zurief: „Kolbentreiber, wo werden Flaschenzüge gebraucht?“

„Flaschenzüge?“

„Aber gewiß, Flaschenzüge! Run? ... Leo Seidel, sagen Sie es ihm.“

„Zum Beispiel am Neubau. Da kann ein einzelner Arbeiter mit einem Flaschenzuge ...“

„Mit Hilfe!“

... mit Hilfe eines Flaschenzuges Lasten in die Höhe winden, die zehnmal so schwer sind wie der Arbeiter. Infolge der Ueberhebung!“

„Infolge der Ueberhebung.“ sollte Jürgens wiederholen, hatte aber „Ueberrumpfung“ gesagt.

Die ganze Klasse durfte lachen. Lachte noch auf dem Heimwege, wo alle sich von Leo Seidel, der vielleicht schon morgen einen Handwagen durch die Stadt schieben mußte, abgefordert hielten.

Auch Jürgens, gelähmt, wagte nicht, ihn zu begleiten. Nur in Gedanken trat er mit fühner Ritterlichkeit zu ihm. „Ich fürchte die Meinung der anderen nicht.“ Vieß sich von Seidel verheeren.

Beim Mittagessen beachtete ihn die gefährlich schweigende Tante nicht. Schickte das Dienstmädchen, mit dem Befehl, Jürgens habe den Brief am nächsten Morgen dem Herrn Professor zu übergeben.

Erst nachmittags konnte Jürgens so viel Entschlußkraft finden, Seidel zu besuchen. In der Kellerstube stand der Armeutelegraph, der das Vorhaben des schwindsüchtigen Briefträgers, den Sohn studieren zu lassen, als schwer ausführbar erscheinen ließ. Seidel sah still am Fenster und sah hinaus in den sinkenden Hof. Qual und Scham drehten Seidels Kopf und Schultern zur Seite, so daß er plötzlich Jürgens gleich, der sich im selben Moment zum erstenmal in seinem Leben frei fühlte.

Er reichte Seidel eine in Leder gebundene Weltgeschichte, konnte scherzen: „In der biblischen Geschichte steht zwar: Gehe hin, verkaufe alles, was du hast, und ... Aber nicht deshalb gebe ich dir das Buch. Denn ich glaube ja gar nicht an Gott.“

Die sahle Mutter lag im Bett. Der Säugling, wegen dessen unerwünschter Ankunft der Vater den Sohn aus dem Gymnasium hatte nehmen müssen, begann zu schreien. Die Bettkabe kratzte. Vier Kinder, in verschiedenen Größen, bleich und blutleer, standen reglos da, mit großen Augen.

„Hast eine schöne Weltgeschichte. Zum Andenken an mich. Hast eine Freude ... mit hundertsiebenunddreißig Illustrationen.“

Ohne den Blick zu erheben, sagte Seidel, daß er voraussichtlich bald der Klassenjünste geworden wäre.

Und Jürgens rief: „Also deshalb, weil dein Vater kein Geld hat, mußt du Hausdiener werden, anstatt vielleicht ... Minister. Das ist ja! Alles was recht ist!“

„Mein Gott, was redet ihr Buben!“ Die Wächlerin spuckte in den Raps. „Was ihr redet!“

Jürgens redete sich in Jora hinein: „Absolut! Das ist maklos ungerecht. Gemein ist das. Einfach hundsgemein! Wahrhaftig, das sage ich jedem, der es hören will.“ Auch Seidel hatte rotgefleckte Wangen bekommen.

Die Mutter beruhigte den Säugling. Und zu den Knaben: „Mein Gott, das sind ja lauter Dummheiten.“

(Fortsetzung folgt.)

Schluss mit dem Privatschul-Luxus.

Zwei Jahre lang, während der finanziell schwierigsten Zeit, hat die bürgerliche Mehrheit der Berliner Stadterordnetenversammlung entgegen dem entschiedensten Widerspruch der Sozialdemokratie die 20 privaten Mädchenschulen innerhalb der Stadtgemeinde wahllos und prüfungslos mit erheblichen Mitteln — es handelt sich insgesamt um über 180 000 Goldmark — unterstützt. Immer wieder, wenn neue Anzeigen in den Kreis der unterstützten Schulen einbezogen werden sollten, ausgesprochene Ständeschulen, Volksschulen, Bismarckschulen und Konfessionslosigkeit, hat die sozialdemokratische Fraktion verlangt, dass erst das Bedürfnis für solche Anstalten nachgeprüft werden sollte. Umsonst. Die sonst so erbarmungslose Finanzverwaltung der Stadt hat sich immer aufs neue vor dem Drängen der Sozialdemokratischen Fraktion beim besten Willen nicht länger verschließen konnte — gemeinsam mit den staatlichen Behörden die Bedürfnisfrage geprüft. Und der Bildungsausschuss der Stadterordnetenversammlung kam gestern in fast einstimmiger Beratung zu dem überraschenden Ergebnis, dass nicht weniger als 7 dieser Privatschulen schon zum 1. April rundweg geschlossen werden können, ohne dass dem Schulbesitz und den Schülerinnen irgendein Schaden erwächst. Die Schülerinnen können ohne weiteres von benachbarten Schulen aufgenommen werden. Auch ein Musterbeispiel für die Sparmaßnahme und die weisshauende Politik des welland Bürgerblocks! Auch für die übrigen Privatschulen kann der Zustand der Stadt erheblich verringert werden, wenn sich die Verwaltung entschließt, die ministeriell erlaubte Erhöhung des Schulgeldes an diesen Privatschulen auf 150 Proz. des staatlichen Schulgeldes zur Bedingung für eine weitere Unterstützung zu machen. Dadurch dürfte zugleich ein wünschenswerter Druck auf die weitere Verringerung der Privatschulen ausgeübt werden. Hoffentlich ist dann die Zeit nicht mehr fern, in der auch das gesamte Mädchenschulwesen aus den Händen von profitlüsternen Schulbesitzern und gegenwärtigen Schulverwaltern in die öffentliche Verwaltung übergeführt ist. Dann wären wir wieder ein auf Stück vorwärts gekommen. Schluss mit dem Privatschul-Luxus!

Antisemitische Helden. Eine „Entschuldigung“.

In der Nacht vom 8. zum 9. Juli vorigen Jahres wurden im Zaphirischen Viertel, und zwar in der Gegend der Spenerer Straße, zahlreiche Schilder von Ärzten und Rechtsanwälten mit jüdisch klingenden Namen völlig zertrümmert und unlesbar gemacht. Die Ermittlungen ergaben, daß als vermeintliche Täter ein Kaufmann und Rechtskonsulent Donath, ein Regierungssekretär Schulz und ein Kaufmann Schaar in Betracht kommen, die rechtsradikalen Organisationen angehören sollen. Wegen der drei wurde Anzeige wegen Sachbeschädigung und groben Unfugs erhoben. Nachdem der Termin bereits zweimal verlagert werden mußte, weil der Hauptangeklagte Donath im Herbst v. J. an einer Fußgelenkschwundlung erkrankt war, stand die Sache jetzt erneut vor dem Schöffengericht Schönberg zur Verhandlung an. Donath hatte es aber wiederum vorgezogen, nicht vor Gericht zu erscheinen, sondern sich mit einem sehr merkwürdigen Schreiben entschuldigt, in dem es hieß: „Er nehme Bezug auf das ärztliche Attest vom Oktober v. J. Es ginge ihm noch nicht besser, eine Besserung seines Gesundheitszustandes sei erst für den kommenden Sommer zu erwarten, weil dann die Sonne freundlicher scheine.“ Auf diese völlig unzureichende, wie eine Verhöhnung des Gerichts klingende „Entschuldigung“ hin beantragte Rechtsanwalt Dr. Arthur Brandt, der den im Namen aller geschädigten Anwälte und Ärzte als Nebenkläger auftretenden Justizrat Salomon vertrat, die sofortige Verhängung eines Haftbefehls über Donath. Das Gericht sah für diesesmal von dieser Maßnahme ab, beschloß aber, den Rechtskonsulenten zum nächsten Termin gerichtlich vorzuführen zu lassen, ohne Rücksicht, ob dann die Sonne freundlicher scheine oder ob es ihm „in die Bude regnet“.

Wenn man zu stark „frühstückt“!

Eine heitere Szene spielte sich vor der 9. Strafkammer des Landgerichts I ab. Es wurde dort gegen einen Angeklagten wegen Hehlerei verhandelt. Schon ehe die Sache zur Verhandlung kam, hörte man auf dem Flur vor dem Sitzungszimmer großen Lärm. Als dann die Zeugen ausgerufen wurden, trat einer von ihnen, ein Tapezierer F., dessen physisches Gleichgewicht offensichtlich ebenso gestört war, wie sein seelisches, hochroten Kopfes vor und rief, von Schülern unterbrochen, dem Gericht zu: „Bei mir heißt es strammstehen. Ich werde euch schon reinlegen, ihr Jungen!“ Auf eine Zeugin deutend, sagte er dann: „Hier, die junge Frau wird freigesprochen. Damit ist die Sache erledigt. Basta. Ihr könnt jetzt abreiten.“ Der Vorsitzende richtete an den Zeugen die Frage, ob er angegriffen sei. Dieser erwiderte: „Keine Spur, ich habe in diesem Saal gestöhnt und bin angefaßt. Aber das macht nichts. Die Sache ist hiermit erledigt.“ Der Staatsanwalt beantragte, den Zeugen wegen Ungebühr zu zwei Tagen Haft zu verurteilen. Das Gericht war aber anderer Ansicht und nahm ihn in eine Strafe von 300 Goldmark. Als dann der Vorsitzende den Mann hinauswies, rief der Betreffende: „Ihr Brüder, mit euch werde ich schon fertig werden.“ Daraufhin wurde der Zeuge zu einer 24stündigen Haftstrafe sofort abgeführt. Trotzdem verlor dieser seinen „Humor“ nicht und fragte den Justizratsmeister: „Herr Oberkammerherr, wo geht die Reise hin?“ Erst als er dann im Gefängnis saß, dämmerte ihm die Erkenntnis und recht kräftig bemerkte er: „Stehste, der kommt davon. Du biste in der Hofierjelle.“

Der „soeben abgesprungene“ Knopf.

Einen neuen Weg schlagen zwei Ledendierinnen ein, um Belge flechten zu können. Gewöhnlich kaufen diese Spezialistinnen eine Kleinigkeit, um sich die gewünschte Gelegenheit zu verschaffen. Die Diebinnen aber, die jetzt festgenommen wurden, zwei Frauen namens Duda und Kehlasi, sparten auch noch diese „Geschäftsverluste“. Eine von ihnen trat mit der beschriebenen Bitte auf, ihr einen soeben abgesprungenen Knopf wieder anzuhängen. Während die Verkäuferin hiermit beschäftigt und so in ihrer Aufmerksamkeit ablenkt war, stahl die andere, was ihr zur Hand kam. Mehrere Bestohlene bekundeten übereinstimmend, daß die eine der beiden „Kundinnen“ ein kleines Pflaster am Halse getragen habe. Die beiden Verböteten, die alles leugneten, bestritten entschieden, jemals so ein Pflaster getragen zu haben. Bei der Gegenüberstellung mit den Bestohlenen, die sie auch sonst bestimmt wieder erkannten, fand man nun zwar kein Pflaster mehr, wohl aber am Halse der einen eine Narbe an der Stelle, an der die Bestohlenen das Pflaster getragen hatten. Bereits in 10 Fällen wurden die Spezialistinnen wieder erkannt. Von der Beute jedoch war bei ihnen nichts mehr zu finden.

Reichsgründungsfeier der Universität.

Die Universität Berlin veranstaltete gestern, am 18. Januar, zur Erinnerung an die Gründung des Deutschen Reiches eine Feier, an der Studenten und Dozenten sich in großer Zahl beteiligten. In feierlichem Pomp zogen die Abordnungen der studentischen Korps mit ihren Fahnen und die Dozenten in ihrer Amtstracht in die große Aula ein. Nach der Festrede von Professor Werner Sager über „Die griechische Staatsethik im Zeitalter des Plato“ nahm ein Vertreter der Studentenschaft das Wort zu einer Ansprache, in der er ein Gebotnis der Treue zum Reich abgab. Er bedauerte die Verküftung des Volkes durch Parteien, wünschte eine soziale Versöhnung der Klassen und machte es der Geistesaristokratie

zur Pflicht, sich in eine gute Demokratie einzuordnen. Ein Teil der Studentenschaft begleitete diese Mahnung mit lebhaftem Beifall. Nachher sprach noch der Universitätsrektor Professor Nothe in feiner besonnenen Art, die pathetisch sein soll, aber oft an ungewollte Komik streift.

Justizabbau.

Bevor die Rechtsmäßigkeit der Verordnung vom 4. Januar 1924, die die Schöffen und Geschworenen bis zum 31. März 1924 abschafft, erbob in einer vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte unter Vorsitz des Assessors Unger gegen den Hotelier Maroff angehängten Strafsache der Berliner Rechtsanwalt Dr. Halpern gemündliche Einwendungen, mit denen er die Zuständigkeit des Einzelrichters bestritt. Rechtsanwält Halpern führte aus: Die Verordnung stütze sich auf das Ermächtigungsgesetz vom 8. Dezember 1923, das der gegenwärtigen Verlegenheitsregierung in weit beschränkterem Umfang gegeben worden sei als letztmals dem Kabinett Stresemann für die Dauer der Koalitionsregierung. Das gegenwärtige Ermächtigungsgesetz beschränke die Rechtszuständigkeit der Regierung, soweit sie von den geschworenen Richtern übertragen werden konnte und worden ist, schließlich auf Maßnahmen rein wirtschaftlicher Natur. Damit sei ihr Tätigkeitsgebiet begrenzt. Die Ausnahme, die die heutige Regierung ihrer Vollmacht gibt, habe aber jede Beschränkung auf. Nach dieser Auslegung wäre sie berechtigt, das gesamte Staats- und Rechtswesen ausnahmslos nach ihrem Gutdünken umzugestalten, weil letzten Endes alle gesetzlichen Maßnahmen zu ihrer Ausführung einen behördlichen Apparat erfordern, der Geld kostet. Die Über der Sparmaßnahme möge zu einem Abbau des Beamtenapparates berechtigen, nicht aber zu einem Abbau der Rechtstätigkeit. Nach der Fassung des Ermächtigungsgesetzes und der Vorgeschichte der parlamentarischen Verhandlungen sei die Regierung nur berechtigt zu solchen Maßnahmen, deren Anhalt wirtschaftliche Fragen bilden, nicht aber zu solchen, die sich indirekt wirtschaftlich auswirken. Uebrigens sei die Rechtsmäßigkeit jener Verordnung vom 4. Januar 1924 zu bemängeln auch um deswillen, weil die im Ermächtigungsgesetz enthaltene Vollmacht dem Gesamtministerium vorbehalten sei, das sich aus Vertretern verschiedener Parteien zusammensetzt. Dieses sei aber nicht bezeugt, die Vollmacht einem Ressortminister zu übertragen, der nur einer einzelnen Partei anhöre. Das Gesamtministerium habe die angelegene Verordnung aber nicht einmal unterzeichnet, also auch nicht in seiner Gesamtheit erlassen. Das Recht der Nachprüfung ihrer Gültigkeit könne dem Richter, der keine Kompetenz davon absteht, nicht bestritten werden — Der amtierende Assessor erklärte sich für zuständig. In der Sache selbst wurde der Angeklagte wegen wiederholten Widerstandes gegen die Staatsgewalt und schwerer Beleidigungen gegen die Beamten zu 1200 M. Geldstrafe verurteilt.

Ärzte und Krankenkassen.

Der Reichsausschuss der Ärzte und Krankenkassen tagte am 17. Januar im Reichsarbeitsministerium unter Vorsitz von Ministerialdirektor v. Donquiere. Außerhalb der Tagesordnung wurde der Entwurf einer bevorstehenden Rotterordnung über Änderungen der ländlichen Ortsverwaltung besprochen, durch die bisher noch die Aufhebung des vertraglichen Zustandes durch die Ärzte hinausgeschoben worden war. Die Rotterordner betraugten sich über die Aussprache über diese Angelegenheit nicht. Die Ärzte äußerten zwar gegen einzelne, die ärztlichen Verhältnisse auf dem Lande berührenden Bestimmungen, wollten diese jedoch teils im Reichsausschuss, teils an anderen Stellen geltend machen. Sie erklärten sich schließlich bereit, dem Vorstand des Verbandsverbandes in Leipzig einen Beschluß auf Aufhebung des vertraglichen Zustandes zu empfehlen. Daraufhin wurde, nachdem die Geschäftsordnung erledigt war, in eine allgemeine Aussprache über die Tätigkeit des Reichsausschusses eingetreten. Gelegenheit hierzu gab das Thema der Rotterordner, das auf der Tagesordnung stand. Von beiden Parteien waren hierzu verschiedene Entwürfe und Anregungen eingereicht worden. Diese wurden einer viergliedrigen gemischten Kommission zur Vorbereitung überwiesen. In der dringlichsten Angelegenheit der Ueberwachungsanschlüsse auf Grund der Verordnung über Krankenhilfe und Krankenkassen wurde vereinbart, daß die Aufgabe der Ueberwachungsanschlüsse von bestehenden Ausschüssen wahrgenommen werden soll, um die Bildung neuer Instanzen zu vermeiden.

Immer noch Schullerrien!

Aus dem Kreise unserer Leser gehen uns zahlreiche Klagen über eine unfreiwillige und ungewünschte Verlängerung der Schullerrien in den alten Stadtebezirken Berlins zu. Diese Verlängerung wird überall mit einem Verlangen der Heizkosten begründet, die infolge der Unterbrechung des Heizens der Röhre ausgefallen sind und so betragsmäßig geworden sind. Solches Verlangen ist bei sachgemäßer Behandlung der Heizungsanlage zu verhindern. Die Verwaltung sollte die für die Instandhaltung der Anlagen verantwortlichen Personen gründlich in der Bedienung der Röhre unterweisen lassen. Daran hat es scheinbar gefehlt. Es geht nicht an, daß durch derartige Vorkommnisse der Unterricht der Schullerrien Schaden erleidet.

Eine Familientragödie hat sich in dem Hause Rosenborsstr. 18 zugetragen. Hier wurde der 63 Jahre alte Direktor Karl Dreentwett mit seiner um ein Jahr jüngeren Ehefrau, geb. Detloff, tot aufgefunden. Frau Dreentwett lag in ihrem Bett, während der Mann vor dem Bett seiner Frau kniete. Auch er war tot. Nach dem Aussehen der Frau kann man annehmen, daß sie eines natürlichen Todes gestorben ist. Ihr Mann hat, wahrscheinlich aus Groll über den Tod seiner Frau, Gift genommen. Die in dem Postkasten vorgefundenen Briefe tragen das Datum vom 9. Januar. Beide werden also am 10. Januar bereits gestorben sein. Die Leichen wurden beschlagnahmt und in das Schönberger Leichenschauhaus übergeführt.

Auch ein „Opfer“ der Glätte. Ein Volkspolizist nahm den sterblich gelagerten Arbeiter Richard Lauchhardt in einem Hof in der Großen Frankfurter Straße 40 fest. Auf dem Wege zur Wache ergriff ihn die Glätte. Da er auf wiederholte Hilferufe nicht stehen blieb, gab der Beamte einen Schuß ab, der aber fehlging. Er ließ sich jetzt noch weiter, bis er an der Ecke der Markus- und Gr. Frankfurter Straße infolge der Glätte zu Fall kam. Ehe er sich noch zu erheben vermochte, hatte ihn der Beamte erwischt und brachte ihn nach der nächsten Wache.

Zwei sehr gefährliche Brände kamen am Freitag nachmittag in Mariendorf und Tempelhof, angeblich durch Unvorsichtigkeit, zum Ausbruch. In Mariendorf brannte es innerhalb weniger Tage zum zweiten Male in den Norddeutschen Gummiwerken in der Straße 94 und in Tempelhof brannten Telefonen u. a. in einem Vorkühnräumen der Filmfabrik der Meister-Film G. m. b. H. in der Oberlandstr. 27/28. An beiden Stellen wurde die Gefahr sofort bemerkt und die Feuerwehr alarmiert. Durch schnelles frägliches Löschens gelang es an beiden Stellen eine weitere Ausbreitung der Flammen, die reiche Rohstoffe gefunden hatten, zu verhindern. Gleichzeitig hatte die Wehr noch an vielen anderen Stellen zu tun.

In der Städtischen Bauwerksschule, B. 35, Kurfürstenstr. 141, die ihr Sommersemester am 3. April cr. beginnt, findet in der Zeit vom 21. Januar bis 23. Februar cr. eine Ausstellung von Schülerarbeiten der Hoch- und Tiefbauabteilung statt, die einen guten Ueberblick über den Ausbildungsgang der Schüler an der Städtischen Bauwerksschule gibt.

Märchenfreude für Waisenkinder. Die Jugendspielschule der Volksbühne z. B. bringt seit einigen Wochen „Das tapfere Schneiderlein“ zur Aufführung. Wiederholt hat die Direktion dem Jugendausschuss der Stadt Berlin eine größere Anzahl von Plänen unentgeltlich für die Waisenkinder zur Verfügung gestellt. Auch am letzten Sonnabend waren etwa siebenhundert Waisen- und Horkinder eingeladen. Die kleinen Gäste fühlten sich im Theater am Bülowplatz außerordentlich wohl und folgten mit großer Freude der schönen Aufführung.

Städtischer Kartoffelverkauf. Das Ernährungsamt der Stadt Berlin, das zurzeit aus seinen über Groß-Berlin verteilten Reserveläsere Kartoffeln an Kartoffelgroß- und Kleinhändler sowie an Instanzen und sonstige Großverbraucher abgibt, hat seine Verkaufspreise erheblich ermäßigt. Sie betragen von heute ab bis auf weiteres a) Bagger je Zentner 2,50 Mark für Großhändler und 2,60 Mark für Kleinhändler, Einheiten usw.

Das 12-Stunden-Rennen im Velodrom am Kaiserdamm wird heute abend 8 Uhr beginnen. Die Zusammenkunft der Gäste ist so, daß interessierte Räder zu erwarten sind.

Großfeuer in Hannover. Am Freitag nachmittag wurde das Geschäftshaus der Steinaut-Großhandlung von Lehmann u. Naack am Mosburer Damm in Hannover durch ein Großfeuer teilweise zerstört. In kurzer Zeit war der ganze Dachstuhl ein einziges Flammenmeer. Die städtische Feuerwehr, die mit diesen Feuern nicht zur Stelle war, hatte Stundenlang zu tun, um den Brand auf seinen Herd zu beschränken. Abends um 6 Uhr war die gesamte Feuerwehr noch an der Brandstätte tätig.

Ein Erdstöß in Südrankreich. In Ronde, 60 Meilen nordwestlich von Nimes (Südrankreich), wurde in der vorketzten Nacht ein heftiger Erdstöß verspürt.

Das letzte Erdbeben in Japan. Nach einer Meldung der deutschen Botschaft in Tokio sind bei dem neuen Erdbeben, das sich am 15. Januar in Japan ereignet hat, 50 Städte zerstört. Bisher sind nur einige Todesopfer festgestellt worden. Unter den Deutschen in Japan ist kein Todesopfer zu verzeichnen. Der durch das neue Beben angerichtete Sachschaden ist beträchtlich.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Bezirksvorstand.

Heute abend, 6 Uhr, Sitzung mit dem Ausschuss der Gewerkschaftskommission im Jugendheim, Lindenstr. 3.

Frauenauschuss. Wichtige Sitzung heute, Sonnabend, den 19. Januar, nachmittags 5 Uhr, im Sekretariat, Lindenstr. 3, 2. Hof II.

Spandau. Von den sechs Abteilungen des 8. Kreises hat bis heute erst eine Abteilung abgerechnet. — Unter Hinweis auf die an dieser Stelle bereits mehrfach erteilten Rechnungen wird die betreffende Kassierer hierdurch nochmals um die sofortige Abrechnung erlucht. J. U.: Klug Pagels.

1. Kreis Berlin-Mitte. Sonntag, den 20. Januar, früh 10 Uhr, außerordentlich wichtige Sitzung der Abteilungsleiter bei Dobrowolski, Eimerländer Str. 11.

3. Kreis Friedrichshagen und 17. Kreis Lichterfeld: Montag, den 21. Januar, 7 Uhr, öffentliche Versammlung im „Berliner Aindl“, Frankfurter Allee 113 (früher Germania-Haus). Tagesordnung: Schlichter — Brundhauentweg — und „Abbau.“ Referent: Gen. Kassierer Dr. Walter Schlin. Preis Auslosung. Die Werberauschlüsse müssen einladen.

Heute, Sonnabend, den 19. Januar:

- Gesellschaftswissenschaftlicher Diskussionsabend mit Beamt. jeden Sonnabend 8 Uhr Zusammenkunft in der Juristischen Gesellschaft, Lindenstr. 3. Nächste Sitzung Sonnabend, den 19. Januar. Tagesordnung: „Das kommunikativste Mittel.“
- 11. Abt. Friedrichshagen. Eintrittskarten zu der heute abend 7 1/2 Uhr in der Aula der Schule Offenbacher Straße stattfindenden Veranstaltung „Luhige Musik“ sind noch beim Vorbesitzer und an der Abendkasse zu haben. Arbeitslos. Erhalten haben freien Eintritt. (Mitgliedsbuch.)
- 11. Abt. Kreuzberg. 6 Uhr Vorbesitzung mit den Bezirksleitern bei Rühle, Münchener Straße.

Morgen, Sonntag, den 20. Januar:

- Gesellschaftswissenschaftliche Literaturabteilung: Wir weisen auf nachstehende Veranstaltungen des „Bundes unabhängiger Schullehrer“ aufmerksam hin: 1. „Kindertele und Schulnet“, Sonntag, den 20. d. M., früh 10 Uhr, ebend., Herrnhauer, Leipziger Str. 2. „Groß-Berliner Schulbewegung“, Dienstag, den 21. d. M., 7 1/2 Uhr, Eichenbühlstr. 47/48 (Untergundbahnhof Victoria-Café-Vieh). 2. Abt. 7 1/2 Uhr Funktionärssitzung bei Dobrowolski, Eimerländer Str. 11. 3. Abt. Sonntag vormittags 9 1/2 Uhr Sitzung der Bezirksfunktionäre und Bezirksvereinsvereine bei Hilke, Eichenbühlstr. 11. 4. Abt. Vorm. 10 Uhr Sitzung des Abteilungsverbandes in der Wohnung des Abteilungsleiters, wichtige Tagesordnung. 5. Abt. Kreuzberg. 9 1/2 Uhr Lokal-Gesellschaft, Steinwegstr. 78, Abrechnung und Funktionärssitzung.

Jugendveranstaltungen.

Wichtig. Mittelschule! Zur Theateraufführung am Sonntag, den 20. d. M., nachmittags 3 Uhr, im neuen Theater am Ros. „Der arme Heinrich“ von G. Hauptmann, und im Jugendsekretariat, Lindenstr. 3, 2. Hof 2 Et., nach Einzelkarten zum Preise von 75 Pf. pro Sitz zu haben.

Abteilung Ost, Ostberlin und Alpenländer Viertel. Heute, Sonnabend, den 19. Januar, 1. Film-Vortrag in der Schulaula Reichshagen, Ecke Berliner Straße. „Die Tiere der Nordsee“, „Kunst des Schellschneckenbaus“ u. a. Film. — Einlass 7 Uhr. Beginn 7 1/2 Uhr. Eintritt 30 Goldpfennig. — Infolge der großen Unkosten wird eine Nachzahlung von 10 Goldpfennig erhoben.

Morgen, Sonntag, den 20. Januar:

- Wichtig. Theaterkonzert! Nachmittags 3 Uhr im neuen Theater am Ros. „Der arme Heinrich“ von G. Hauptmann. Die Besetzung der Violinen muß bis 9 1/2 Uhr vorgenommen sein, da sonst kein Anrecht auf eine Violinstelle besteht. — Einzelkarten zum Preise von 75 Pf. sind noch im Theater zu haben.
- Guckhals: Roboterfahrt nach Bernau, Treffpunkt 6 1/2 Uhr Bahnhof Pankowburg. — Gedächtnisfeier: Besuch der Nationalgalerie, Treffpunkt 10 Uhr. — Lesung: Besuch des Volkshaus, Treffpunkt 3 Uhr Bahnhof Rosow. — Eifer: Fahrt: Treffpunkt 8 Uhr Bahnhof Potsdamer Gärten. — Weinbau: Treffpunkt 7 Uhr Bahnhof Friedrichshagen. — Wilmersdorf: Besuch des städtischen Museums, Treffpunkt 9 Uhr Rathaus.

Verheiratet. Wilmersdorf. Funktionärssitzung 6 Uhr vorm. Jugendheim Wilmersdorf Str. 16. Thema: „Die Entwicklung der Rassen und ihre Kämpfe.“

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsausschuss der Arbeitervereine und Arbeitervereine. Sonntag, den 20. Januar, vormittags 9 1/2 Uhr, in Altem Schloss, Holtenauer große Bratenstraße 11. Es spricht der Vorsitzende des Reichsausschusses Friedrich Glöckner und von der Deutschen Arbeitervereine Friedrich Glöckner. — Referent: Herr Glöckner. — Beginn 9 1/2 Uhr. Eintritt 30 Goldpfennig. — Wilmersdorf: Besuch des städtischen Museums, Treffpunkt 9 Uhr Rathaus.

Arbeitersport.

Handball Groß-Berlin. Die für den 20. angesetzten Serienspiele in Handball sollen wegen der schlechten B-Verhältnisse ausfallen und finden am 3. Februar statt. Die am 27. Januar angesetzten Spiele bleiben bestehen. Mächtige Spielvereinigung, Eichenbühlstr. Die Serienspiele am Sonntag, den 20. Januar, sollen aus. Die Bezirksleitung.

Wirtschaft

Dunkle Aufwertungsabsichten der Regierung.

Reichsfinanzminister Emminger, der eben die Rechtsprechung bayerisch reformiert, äußerte sich im Rechtsausschuß des Reichsrates zur Frage der Hypothekenaufwertung so, daß man von den Absichten der Regierung einiges — erraten kann. Er sagte u. a.: „Die Entscheidung des Reichsgerichts vom 28. November 1923 hält eine Aufwertung der Hypothekensorderungen unter Berücksichtigung der persönlichen Verhältnisse von Gläubiger und Schuldner sowie unter Berücksichtigung der öffentlichen Interessen des Grundstücks nach Lage des Einzelfalles für berechtigt. Die Durchführung dieses Grundgesetzes allein der Rechtsentwicklung zu überlassen, würde bedeuten, Deutschland in den nächsten Monaten in Millionen von Prozessen zu stürzen. Auch ein beabsichtigtes vereinfachtes Verfahren zur Regelung dieser Streitfragen würde sich allein dieser Gefahr nicht erwehren. Es erscheint daher notwendig, ein mehr das Durchschnittliche berücksichtigendes Verfahren zu schaffen sowie eine Unterbrechung der bereits zahlreich anhängig gewordenen Prozesse durchzuführen.“

Bei Berechnung des Durchschnittlichen wird zu berücksichtigen sein, daß für die Landwirtschaft sehr schwere wirtschaftliche Verhältnisse entstanden sind, daß der städtische Grundbesitz infolge der Inflation vollständig verarmt und der Wert seiner Anwesen schwer herabgedrückt ist, ferner, daß bereits bisher die dem gesamten Grundbesitz auferlegten erheblichen Steuerlasten zum Teil mit der durch die Papiergeldwirtschaft herbeigeführten allgemeinen Entschuldung begründet werden sind.

Eine alsbaldige rasche Klärung erscheint auch deshalb notwendig, damit nicht aus der Ungleichheit steuerliche Verluste für Reich, Länder und Gemeinden entstehen. Dies um so mehr, als die Lage der Reichsfinanzen nach wie vor eine äußerst ernste ist.

Hierüber kann auch das scheinbar günstige Ergebnis der ersten Steuerdefade des Jahres 1924 nicht hinwegtäuschen, denn es trafen eine Reihe von Steuerfälligkeiten erminnen mit der Tatsache zusammen, daß in dieser Defade keine Gehaltszahlungen an die Beamten und vergleichsweise nur geringe Ueberweisungen an die Länder vorgenommen waren. In Wirklichkeit macht der Ueberseh der ersten Defade nur etwa den dritten Teil der in der folgenden Defade fällig werdenden Befolgungszahlungen und Ueberweisungen an die Länder aus.

Eine Aufwertung der Schuldverpflichtungen von Reich, Ländern und Gemeinden kommt nach den Grundsätzen der reichsgerichtlichen Entscheidung nicht in Frage, da diese öffentlichen Schuldner infolge des verlorenen Krieges und der Verpflichtungen aus dem Friedensvertrage zahlungsunfähig sind.

Daneben soll er erst einmahl die praktische Auswertung des Reichsgerichtsurteils vom Dezember unterbunden werden. Dann will man eine gewisse Aufwertung der Hypotheken gestalten. Dabei soll aber wieder der hypothekensfrei gewordenen Landwirtschaft nicht allzu sehr weh getan werden.

Die konsequente Folge dieser Aufwertungspläne, ihre Uebertragung auf die Millionen Sparer, und auf die kleinen Leute, die mit ihrer aus nationaler Opferwilligkeit übernommenen Kriegsanleihe betrogen worden sind, soll aber unmöglich bleiben, weil die öffentlichen Schuldner, also im besonderen das Reich zahlungsunfähig sei. Das Verbot der Uebertragung der Aufwertung auf Sparer und Reichsgläubiger ist abfurd.

Darüber sagte Emminger auch nichts, wer denn nun eigentlich den Gewinn aus der von ihm angeführten „durchschnittlichen“ Hypothekenaufwertung einstecken soll. Werden das die schlaunen Käufer der Hypothekenspandbriefe und die Hypothekengläubiger sein? Was fällt dann für das Reich ab? Zeigt sich die Hausse in Pfandbriefen usw., die seit Tagen an der Börse läuft, in ihren Beweggründen klar Kundige wußten von dem kommenden Geschäft!

Wir verlangen — der Beschluß unserer Reichstagsfraktion drückt die Notwendigkeit eindeutig aus —, daß der Gewinn aus einer etwaigen Hypothekenaufwertung restlos dem Reiche zufällt. Nur so würde auf einem, wenn auch weitem Umwege, die Allgemeinheit zu einem Bruchteil für die allgemeine Inflationssteuer, die sie jahrelang tragen mußte, etwas entschädigt.

Es bleiben trotz dieser Möglichkeiten so viele Fragen offen, daß das ganze Problem vor den Reichstag gehört. Das Ermächtigungsgesetz sollte ein Mittel für scharfe Steuern und nicht eine goldene Brücke für Spekulanten und Schieber sein.

★

Ein Bankfachmann schreibt uns: Wenn auch die Aufwertung in vielen Fällen eine moralische Pflicht ist, so trifft dies doch nicht überall zu. Eine unerschiedliche Behandlung der Anleihen und Hypotheken würde praktisch nicht durchführbar sein. Viele werden aus spekulativen Gründen sich Anleihen erwerben, und bei diesen Bruten liegt wirklich keine Veranlassung, daß sie auf Kosten des Staates bereichert werden. Gerade wirtschaftlich schwache Kreise haben während des Krieges auch aus patriotischen Gründen Anleihen gekauft, haben jedoch bei der großen Teuerung längst abstoßen müssen. Es ist deshalb wahrscheinlich, daß die Anleihen größtenteils sich in Händen der Spekulation befinden. Es liegt daher wirklich keine Veranlassung vor, diesen ohne Mähe besondere Vorteile zuzuführen. Gerade die wirtschaftlich schwachen Kreise dürften wohl von einer etwaigen Aufwertung nicht viel spüren! —

Eingiehung des wertbeständigen Notgeldes.

Das Reichsfinanzministerium ruft im Einvernehmen mit den obersten Landesbehörden das wertbeständige (auf Goldmark lautende) Notgeld, dessen Aussteller in den Provinzen Brandenburg, Pommern, Schleswig-Holstein, in den unbesetzten Gebieten der Rheinprovinz und der Provinz Westfalen und in den Ländern Preußen, Sachsen, Mecklenburg-Strelitz, Thüringen, Anhalt, Bremen und Lippe ihren Sitz haben, mit Wirkung vom 25. Januar 1924 auf. Einlösungsfrist dieses Notgeldes läuft bis einschließlich 24. Februar 1924.

Ausgenommen von diesem Rufus bleibt das Notgeld der Deutschen Reichsbahn und des Preussischen Staates.

Micum-Verträge der Textilindustrie.

Hinsichtlich der von textilindustriellen Gruppen abgeschlossenen Lieferungsverträge mit den Seidengehörden (Micum-Verträge) wird laut „Kontextionär“ von zuständiger Stelle darauf hingewiesen, daß die Zollvergünstigungen, die in diesem Abkommen vereinbart worden sind, nur für diese Betriebe in Betracht kommen und für die Allgemeinheit keine Geltung haben. So hatten z. B. der Verein deutscher Seidenwebereien und der Verband der Seidenfärbereien in Krefeld, sowie der Verband deutscher Futterstoffwebereien in Elberfeld mit der „Micum“ ein Abkommen getroffen, nach welchem das Koblenzer Abkommen der Textilindustrie der unbefugten Gebiete auch für die den verhandelnden Verbänden angehörenden Firmen des neudefinierten Gebietes gilt. Für alle Beteiligten sind die Ausfuhrabgaben für Textilien aus dem befreiten ins unbefugte Gebiet von durchschnittlich 5 Proz. auf 0,5 bis 2 Proz. ermäßigt worden. Die im Koblenzer Abkommen enthaltenen Kontingente wurden entsprechend der Zahl der neu hinzugelassenen Firmen erhöht.

Englisches Kapital in Oesterreich.

Eine der größten Deltraffinerien Oesterreichs, die Floridoborfer Deltraffinerie, ist mit dem Deltraff Royal Shell Dutch in Verbindung getreten. Bisher hatte sie bei der Beschaffung des Rohmaterials große Schwierigkeiten. Die beiden großen Trusts Standard Oil und Shell verweigerten ihre Belieferung mit Rohöl, und sie war auf die spärlichen Zufuhren aus Sowjetrußland, die ihr jedoch die Ausnützung ihrer Leistungsfähigkeit nur bis zu 20 Proz. gestatteten, angewiesen. Das Eindringen des britischen Kapitals soll hier Wandel schaffen und die Floridoborfer Raffinerie soll zur größten in Europa und ähnlich den amerikanischen Raffinerien ausgestattet werden. Das Rohöl wird ihr aus den Oelquellen des Shell-Trusts in Forno geliefert. Trieste ist als Hafenstadt des neuen Konzerns vorgesehen. Italien hat bereits Konzessionen gewährt. Die Produkte der Raffinerie sollen nicht nur dem inländischen Konsum dienen, sondern auch ausgeführt werden. — Da Petroleum heute politisch bedeutet, ist diese englisch-österreichische Kombination besonders beachtlich.

Russische Erze und französisches Kapital.

Eine französische Finanzgruppe erhielt von der Sowjetregierung umfangreiche Konzessionen zur Ausbeutung der riesigen Eisen- und Manganerzgruben in Krimstrog. Dieses Geschäft deutet auf eine bevorstehende Anerkennung Sowjetrußlands durch Frankreich hin. Die Abberufung der russischen Handelsvertretung in Paris dürfte dem Zweck dienen, die Anerkennung zu beschleunigen. Kathena hatte den Plan, statt der für Deutschland verlorenen lothringischen Erze die Ausbeutung der russischen durch deutsches Kapital zu ermöglichen und mit den Gewinnen aus Rußland die Reparationen zu bezahlen. Statt dessen bekommt nun das französische Kapital auch die russischen Erze in die Hand.

Die tschechische Blumenindustrie hat gegenwärtig eine schwere Krise zu bestehen. Bei den Firmen ist nur sehr wenig oder gar keine Arbeit vorhanden. Viel Geschäftsabbruch ist ebenfalls aus dem Umstand zuzuschreiben, daß tüchtige einheimische Kräfte gegen gute Bezahlung nach Amerika und anderen Ländern ausgewandert sind und dort die Blumenindustrie eingeführt haben.

Am 17. d. M. verstarb unerwartet der Mitbegründer und Gesellschafter unseres Unternehmens, Herr

Adolf Ritter

Bürgermeister der Stadt Berlin

Der Verstorbene hat neben seiner reichen Tätigkeit an der Entwicklung unseres Unternehmens den größten Anteil genommen. Er hat uns mit seinen reichen Erfahrungen und Kenntnissen stets treu zur Seite gestanden. Wir verlieren in dem Verstorbenen einen unserer besten Mitarbeiter.

Sein Andenken werden wir stets in Ehren halten.

Berlin, den 18. Januar 1924.

Die Geschäftsleitung u. Gesellschafter der Bekleidungswerkstätte der Berliner Gewerkschaften G. m. b. H.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Wichtig! Zeitarbeiter Wichtige!

Montag, 21. Januar, nachm. 5 Uhr, im Hotel von Bielow, Stargarder Str. 3

Branchenversammlung

Tagesordnung: 1. Wie stellen wir uns zu dem angebotenen Abzug unserer Löhne? 2. Das Ergehen aller Kollegen ist Pflicht! Die Ortsverwaltung.

Krankenkasse der Lütz. arbeitslosen Arbeitervereine beschließt, L. Personna u. verwandt, Beratung u. Eintracht (R. a. G.) in Berlin

Am Dienstag, den 19. Februar 1924, abends 7 1/2 Uhr, bei Herrn K. K. K. 14: Ordentl. Generalversammlung.

Tagesordnung: 1. Geschäfts- und Rechnungsbuch vom Jahre 1923. 2. Wahl von drei Vorständen, Aufsichtsrats und Schlichtergericht. 3. Antrag auf Änderung der Satzung. 4. Verschiedenes.

1015 3

Der Vorstand.

Dota, Tando billig und andere Waren u. 11. an Comp. Auguststr. 51. Fern L. a. b. Reinhardt Str.

Quittungs-Marken

let 48 Jahre Spezialität

Conrad Müller, Schkeuditz-Leipzig

Garderoben

in guten Qualitäten auf Teilzahlung zu sehr billigen Preisen bei kleiner Anzahlung und Abzahlung

Herren- Damen- Anzüge Mäntel Paletots Kleider Cutaways Kostüme gestr. Hosen Jacken

Ersatz für Maß

BEISER

Lothringer Straße 67

Herr Albert Schönebeck beabsichtigt die Auslieferung eines Fallhammers in Berlin auf dem Grundstück Reichsberger Straße 144.

Einmalige Einwendungen gegen diese Anlage sind bei dem unterzeichneten Stadtschreiber binnen 14 Tagen, vom Tage nach der Veröffentlichung ab gerechnet, schriftlich in doppelter Ausfertigung oder zu Protokoll anzubringen. Nach Ablauf dieser Frist können Einwendungen nicht mehr erhoben werden. Schriftliche und Zeichnungen der geplanten Anlage liegen in unserem Bureau, Berlin C2, Hallesche Str. 1, Etage, Zimmer 25, an den Geschäftszeiten in der Zeit von 9 bis 2 Uhr während der oben bezeichneten Zeit zur Einsicht aus.

Nur mündliche Erklärung der rechtlich erhebbaren Einwendungen wird vor unserem Kommissar, Stadtschreiber Kunde, auf Mittwoch, den 4. Februar 1924, abends 9 Uhr, ebenfalls ein Termin anberaumt, zu dem der Unternehmer sowie die Beteiligten unter der Leitung des Stadtschreibers eingeladen werden, daß auch bei ihrem Ausbleiben mit der Errichtung der Einwendungen vorgegangen wird.

Berlin, den 16. Januar 1924.

Der Stadtschreiber Berlin, Wkt. I. Schneider.

Wiskerballe, Offenbeil, lauff Dingert, Brunsenstr. 75.



Ein doppelter Genuss dem winkt, Der nach dem Lauf, Quieta trinkt!

== Quieta ==

Köstliche Mischungen mit Bohnenkräutern

Der Ansturm

anlässlich der Eröffnung unseres neuen Kaufhauses

Moabit, Turmstr. Ecke Ottostr.

Damen-Konfektion

Winter-Mäntel aus solid. Stoff 12.75 9.75

Eleg. Mäntel aus sehr gut. Stoffen, engl. Art. 15.50 14.50

Vornehme Mäntel aus Affenhaustoff, od. Lashino 39.50 29.50

Damen-Kleider aus mod. gestreift. Wolle-Staff 14.75 9.75

Eleg. Kleider aus Oshardine oder Twill 20.50 34.50 19.50

Kostümröcke aus gutem, reinwoll. Cheviot, Qualitätsware 7.35 3.75 3.95

Kostümröcke aus modern gestreift. Stoffen 15.50 12.50 9.50

Reinwoll. Cheviot-Kleider in hübsch. Ausf. für Jungen 12.50 9.75 6.75

Kleiderstoffe, Baumwollwaren

Woll. Blusenstoffe hübsche Streifen Meter 1.05, 1.65 1.25

Waschkrepp für Kleider und Morgenröcke Meter 85 Pf.

Rocksstoffe solide Streifen Meter 3.95 2.75

Serge und Popeline 105 cm br., in großen Farbenarten. Meter 3.95 3.95

Golienne in mehreren Farben Meter 6.50 5.00

Gabardine 130 cm breit in vielen Farben. Meter 6.25, 6.95, 5.40

Ein gr. Hauskleiderstoffe doppeltbreit, dunkelgründige Nadelstreifen Meter 85 Pf.

Kleidervelours neue Str. und Tüchennuster Meter 1.55, 1.25 95 Pf.

Züchen u. Bettkattun 60 breit Meter 1.10 85 Pf.

Hemdentuch solide Qual. 90 cm breit Meter 7.10 85 Pf.

Renforcé hübsche Meter 1.25 95 Pf.

Louisianatuch für Bettwäsche 130 cm br. Meter 1.75, 90 cm br. Meter 1.30 85 Pf.

Dowlas f. Bettlaken, ca. 150 cm breit Meter 2.55 2.25

Strickwaren u. Strümpfe

Einsatz-Hemden geblickt, moderne Muster 3.40

Untertailen fein gestrickt 95 Pf.

Damen-Schlüpfers mit angeraumtem Futter 2.75

Große Herren-Normal-Hemden u. Hosen 2.95

Damen-Strümpfe feinf. Qual., schwarz u. leucht. Paar 65, 55 45 Pf.

Damen-Strümpfe Florgewebe mit Seidengriff, Paar 1.25 85 Pf.

Damen-Strümpfe Pa. Seidenfloss Paar 1.95 1.45

Herren-Socken grau oder braun meliert Paar 55, 35 Pf.

Herren-Socken Florgewebe, farbig Paar 75 Pf.

Nähgarn ... 300 Meter 14 Pf.

Nähgarn ... 3000 Meter 65 Pf.

Stopfgarn ... Knäuel 8 Pf.

Strickwolle schwarz, grau 300 Gr. 80 Pf.

Indemann & Co. AKTIENGESELLSCHAFT

Bln. Schöneberg, Hauptstr. 149 • landsberger Allee 29 • Moabit, Turmstr. 76 a

